

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M., im voraus zahlbar, Postbezug 4,35 M., einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbezugsgeldern. Auslandskontingente 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Samstags und Sonntags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Kulturbeilage“, „Hoff und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Unterhaltung und Rätsel“, „Brauenkammer“, „Schul“, „Bild in die Bäckerei“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Depositionskasse Lindenstr. 2

Die einseitige Reparationsfrage 80 Pfennig. Reklamerie 5.— Reichsmarkt. „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 25 Pfennig (zuletzt zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stehzeile das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Dönhofsstr. 2, wochentags von 9 bis 17 Uhr.

# Endkampf in Paris.

## W.E.B. meldet: „Entscheidende Meinungsverschiedenheit.“

Paris, 24. Mai. (W.E.B.)

Ueber den Stand der Reparationsverhandlungen kann folgendes mitgeteilt werden: Die deutschen Delegierten haben heute die Besprechung, die der Klärung der Zahlenfrage dienen soll, fortgesetzt. Auf Grund der von den Verfassern der Antwort der Gläubigermächte auf die deutschen Vorbehalte gegebenen Erläuterungen handelt es sich um eine zusätzliche Erhöhung der Young'schen Zahlen von jährlich 52,8 Millionen Mark. Angesichts dieser entscheidenden Meinungsverschiedenheit in der Zahlenfrage ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß entweder darüber getrennte Verträge erstattet werden oder überhaupt eine Verständigung nicht zu erzielen ist. Im übrigen sind in der gestrigen Nachmittagsbesprechung die Vertreter der Gläubigerdelegationen aufgefodert worden, sich zu den bekannten deutschen Vorbehalten zu äußern. Eine Antwort hierüber steht noch aus.

### Das unmögliche Rechenkunststück.

Paris, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Die Besprechungen zwischen deutschen, amerikanischen und alliierten Sachverständigen über die Forderungen des neuen Alliierten-Memorandums dauern an. Dr. Schacht und Dr. Kauffmann, von deren Rücktritt entgegen den tendenziösen Meldungen einiger deutschnationaler Blätter keine Rede sein kann, bemühen sich, im einzelnen den Alliierten die Unbilligkeit eines Systems darzulegen, das unter einer Revision des Dawes-Planes zunächst die laufende Zahlung der Dawes-Annullitäten in der Gesamthöhe

von 1800 Millionen Mark versteht und sie dabei nicht einmal anrechnet.

Die anderen Delegationen, die nur auf Veranlassung der Franzosen und Belgier dieses Zahlungskunststück dem neuen Bericht einzuverleihen sich verstanden, werden hoffentlich zu einer besseren Einsicht zu bewegen sein, selbst wenn auch diesmal die übliche moralische Begründung in der Presse nicht fehlt. Sie besteht darin, daß der Young-Plan erst von allen Regierungen und Parlamenten angenommen und ratifiziert sein müßte, bevor die Rheinlande geräumt werden könnten. Von Besatzungskosten aber sei im Young-Plan keine Rede. Daher müßten die Rheinlande auch vor dem Inkrafttreten des Young-Plans geräumt werden.

Diese Begründung wäre erst zu nehmen, wenn die Vorleistungen auf die späteren Abmachungen angerechnet würden und für Deutschland zu ihrer Ausbringung die Möglichkeit einer neuen Anleihe gegeben wäre. Aber der Sinn und das ganze System besteht ja gerade darin, daß sie nicht angerechnet werden.

### Snowdens Kritik an Englands Reparationspolitik

London, 24. Mai.

Snowden, der frühere Schatzkanzler im Kabinett MacDonald, erklärte heute auf einer Wahlversammlung der Arbeiterpartei in Hull u. a.: Wenn ich zur Teilnahme an einer internationalen Konferenz über die Regelung der Reparations- oder der Kriegsschuldenfrage berufen würde, würde ich nicht die Interessen meines eigenen Volkes zugunsten der Bevölkerung anderer Länder preisgeben, die reicher sind als wir. Es geht nicht an, daß eine Regierung zwangsläufig an die Handlungen der Regierung, die sie ablöst, gebunden ist.

### Berlängerung des Republiksschutzgesetzes

Das Reichskabinett beschließt sie für die Dauer von 3 Jahren

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschloß in seiner am Freitag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung die Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik auf die Dauer von drei Jahren. Die entsprechende Vorlage wird dem Reichsrat sofort zugehen.

Das Verlängerungsgesetz vom Jahre 1927 zum Republiksschutzgesetz trägt die Unterschriften der Herren v. Keudell und Hergt. Am 17. Mai 1927 stimmten die Deutschnationalen dem Republiksschutzgesetz samt dem Kaiserparagrafen zu, nachdem Graf Westarp im Reichstag einen schlecht geschriebenen Entschuldigungszettel für die Deutschnationalen verlesen hatte. 35 Proz. der deutschnationalen Fraktion stimmte nicht mit. Das Verlängerungsgesetz lebt in den Alten fort als Symbol 35prozentiger deutschnationaler Raifertreue, denaturiert mit 65 Proz. Republiksschutz.

Heute entrißte sich die „Kreuzzeitung“ wieder über „dieses Ausnahmegesetz, das im traffen Gegensatz zu den Bestimmungen der Reichsverfassung steht“, und entschuldigt die deutschnationalen Reichstagsfraktion von 1927 mit der Ausrede, man habe ihr vorgegaukelt, daß es sich nur um eine Uebergangsmäßnahme handele. ... Natürlich, auch die Verlängerung um drei Jahre ist nur eine Uebergangsmäßnahme. Es war auch nur ein Uebergang, daß die Verdamnung des Dawes-Plans im Jahre 1924 bei den Deutschnationalen noch 50prozentig war, die Raifertreue im Jahre 1927 aber nur noch 35prozentig, und daß heute wieder 100prozentige Raifertreue markiert werden soll.

### Um die Arbeitslosenversicherung.

Das Reichskabinett beschloß ferner, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vereinsgesetzes, der den vorigen Reichstag bereits beschäftigt hatte, aber nicht verabschiedet worden war, unverändert wieder einzubringen.

Des weiteren stand der Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Arbeitslosenversicherung auf der Tagesordnung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Zeitungsmeldungen, die von einer Beitragserhöhung sprachen, sind daher unrichtig.

Ferner wurde die Frage eines Ministerversorgungs-gesetzes eingehend erörtert. Auf der Grundlage dieser Beratungen werden die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen in die Wege geleitet.

Die vom Reichsarbeitsministerium fertiggestellte Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, die das sogenannte Sofortprogramm verwirklichen soll,

liegt zurzeit dem Kabinett zur Beratung vor. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Wesentliche gesetzliche Änderungen dürfte die Novelle kaum bringen, da der Ausschuss zur Prüfung der Lage der Arbeitslosenversicherung zunächst einmal sein Arbeitsprogramm erledigen muß, bevor die Reformfrage aufgerollt werden kann. Die Untersuchungen des Ausschusses können aber erst dann vor sich gehen, wenn die neue Erhebung der Reichsanstalt über die Arbeitslosenunterstützung fertiggestellt ist. Das Ergebnis dieser Erhebung schafft erst eine Grundlage für die Arbeit des Ausschusses.

### Der Fall Jorns.

Ermittlungsverfahren eingestellt. — Jorns fällt unter die Amnestie.

Die Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren gegen den Reichsanwalt Jorns eingestellt, da nach den angestellten Ermittlungen das Vorgehen von Jorns auf politischen Beweggründen beruhe, und also die Amnestie vom Juli vorigen Jahres Anwendung zu finden habe. Unter diesen Umständen sei ein Eingehen auf die Schulfrage und auf die Frage der Verjährung nicht mehr in Betracht gekommen.

Wenn das Vorgehen von Jorns auf politische Motive zurückzuführen ist, so hat er also die Voruntersuchung gegen die Edenhotelmörder nicht aus rechtlichen Gesichtspunkten geführt. In dieser Feststellung liegt seine Beurteilung. Man darf wohl annehmen, daß Jorns nach dieser Feststellung erledigt ist.

### Schiedspruch für die Reichsbahn

Lohnerhöhungen von 4 resp. 3 Pfennig.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ist es heute im Reichsarbeitsministerium zu einem Schieds-spruch für den Reichsbahnbetrieb gekommen.

Er sieht eine Erhöhung des Lohnes für das Wirtschaftsbiet 1 von 4 Pf., für die Wirtschaftsbiete 2 und 3 3 Pf. für alle über 24 Jahre alten Arbeiter pro Stunde vor. Der Schiedspruch tritt mit dem 1. April dieses Jahres in Kraft und läuft bis zum 31. März 1931.

Für die noch nicht 24 Jahre alten, sowie für die weiblichen Arbeiter wird für die Uebertragung der Erhöhung der bisher angewandte Schlüssel verwendet.

### Im Zeichen der Lüge.

Deutschnationaler Feldzug gegen die Reichspolitik.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat sich am Donnerstag bemüht, den Rücktritt Böglers als einen völlig unbegründeten Schritt hinzustellen. Diese Version ließ sich nicht mehr halten, nachdem die unter Hugenberg's Diktatur stehende Deutschnationalen Volkspartei und ihre Presse den Schritt Böglers zu einer so maßlosen wie infamen Hege gegen die Reichsregierung benutzte.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion veröffentlicht die folgende Entschliegung, in der sie den Abbruch der Pariser Verhandlungen fordert und von vornherein die Behauptung aufstellt, daß ein positives Ergebnis nur ein falsches deutsches Ja sein würde.

„Der Rücktritt Böglers hat die Lage blühartig beleuchtet. War das deutsche Memorandum vom 17. April, durch welches die Zahlung von 1650 Millionen auf 37 Jahre unter ganz bestimmten Voraussetzungen als möglich erklärt wurde, wenn auch die Leistungsfähigkeit Deutschlands weit überschreitend, so doch noch ein sachverständiges Gutachten, so hat man mit dem Plan des Vorsitzenden Owen Young, mit der deutschen Zustimmung und mit allen weiteren Verhandlungen den Rahmen einer sachverständigen Begutachtung verlassen und sich unter starkem Druck politischer Stellen auf das Gebiet politischen Ausgebühens, für Deutschland aber auf die schiefste Ebene begeben. Das kann auch die verantwortungslose demagogische Hege nicht verschleiern, die von der Linkspresse wegen des Rücktritt Böglers gegen ihn und die Schwerindustrie entfacht worden ist. Die Fraktion fordert Schluß dieser Verhandlungen. Wie sie sich jetzt gestaltet haben, muß ihr Ergebnis für Deutschland ein falsches „Ja“ sein anstatt des ehrlichen deutschen „Nein“, das allein die Möglichkeit bietet, der hereinbrechenden Katastrophe Herr zu werden. Die Fraktion wird der verhängnisvollen Entwicklung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Widerstand leisten.“

Von den Verhandlungen davonlaufen — das ist immer noch die höchste Weisheit deutschnationaler Außenpolitik, die Geste mit nachfolgender Bleite. Die Deutschnationalen wollen also, daß Deutschland 2,5 Milliarden, die volle Dawes-Annullität, zahlen soll. Das ist das einzige, was bei ihrem „ehrliehen deutschen Nein“ herauskommt.

Die „Deutsche Zeitung“ und die „Kreuzzeitung“ veröffentlichten Aufsätze, die offensichtlich aus der gleichen Quelle stammen und eine ungeheuerliche Anschuldigung gegen die Reichsregierung enthalten. In der „Deutschen Zeitung“ heißt es:

„Und dann erzählt man in Paris eine höchst merkwürdige Geschichte, die wohl alles in den Schatten stellt, was man sich von Berlin aus bisher leistete, dem Reichsbankpräsidenten, mit dessen Posten Herr Georg Bernhard liebäugeln soll, Schwierigkeiten zu machen. Als nämlich Schacht in Paris ein 1,65-Milliarden-Angebot machte, da habe man — so sagt unser Gewährsmann — auf dunklen Wegen in Paris die Mitteilung gemacht, daß die Zahlen des Herrn Schacht auch nach der Auffassung der Berliner Regierung unter der deutschen Leistungsfähigkeit blieben.“

Das Reichskabinett, das sich natürlich in dieser Frage auch sein Bild gemacht habe, sei zu höheren Ziffern gelangt als Schacht!

Dieser ganz infame Vorfall bedarf der Aufklärung, und zwar schnellster Aufklärung! Denn die Fäden, die danach aus dem Kreise der Mitglieder des Reichskabinetts über die Regierung Bernhard-Breitscheid dieses Mal zur Umgehung Schachts nach Paris gerademwegs zu Poincaré und in den Quai d'Orsay zu laufen schienen, dürften vieles erklären, was uns an dem Verhalten der Alliierten unfassbar erscheint. Solche Wege werden also gegangen, um den Eklat der Stresemann-Hilferding-Politik zum Schaden der Nation immer weiter hinauszuschleppen?

Die „Kreuzzeitung“ behauptet ferner, daß der „dunkle Weg“ die deutsche Botschaft in Paris sei.

Zu diesen verleumderischen Behauptungen erklärt die Reichsregierung amlich:

„Die „Deutsche Zeitung“ läßt sich von einem Gewährsmann dahin informieren, daß „auf dunklen Wegen in Paris die Mitteilung gemacht sei, daß die Zahlen des Herrn Schacht (Jahresrate von 1650 Millionen Mark) auch nach der Auffassung der Berliner Regierung unter der deutschen Leistungsfähigkeit blieben. Das Reichskabinett, das sich natürlich in dieser Frage auch sein Bild gemacht habe, sei zu höheren Ziffern gelangt, als Schacht.“ Die „Deutsche Zeitung“ fordert Aufklärung über diesen von ihr als infam bezeichneten Vorfall.“

Dazu kann erklärt werden, daß dieser „infame Vorfall“ eine infame Lüge ist.

Ebenso unwahr ist die Behauptung der „Kreuzzeitung“, wonach obengenannte Mitteilungen durch die deutsche Botschaft in Paris erfolgt sein sollen.

Nach diesen verlogenen Angriffen der deutschnationalen Presse wird niemand mehr glauben, daß der Rücktritt Böglers nicht ein Teil eines innerpolitischen Feldzugsplans ist, daß Herr Hugenberg und die Schwerindustrie nicht den Rücktritt

Böglers veranlaßt haben, damit nicht einer der ihren mit der Verantwortung befaßt ist, wenn sie einen wüsten Feldzug gegen eine endgültige Regelung beginnen, nach dem Muster des Feldzugs, den die Hugenberg und Bang gegen den Dawes-Plan betrieben haben.

Die „nationale“ Demagogie soll wieder aufleben, damit dahinter der Versuch Hugenbergs und seiner Leute in der Scherindustrie verschwinden kann, sich von den Lasten der künftigen endgültigen Reparationsregelung zu drücken — aus Patriotismus, versteht sich.

Das ist der ganze Zweck der Uebung! Das Maß der Berlogenheit, das diese neubeflebte „nationale Opposition“ auszeichnen soll, läßt sich heute schon erkennen!

## Das Wehrprogramm abgeändert.

Neue Beschlüsse der Programmkommission.

Magdeburg, 24. Mai.

Die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei eingesetzte Wehrprogrammkommission trat am Freitag, dem 24. Mai, in Magdeburg nochmals zusammen und nahm unter Berücksichtigung von Vorschlägen Otto Bauers (Wien) und unter Anlehnung an Anträge von Hamburg und Berlin an dem feineren veröffentlichten Entwurf einige Änderungen vor. Der viel umkämpfte Abschnitt 3 der Richtlinien hat in seinem entscheidenden Teil folgende Fassung erhalten:

„Der wirksamste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit tonterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingezogen werden.“

Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erhaltung der Arbeiterklasse.

Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich — im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen — als dienendes Glied in die deutsche Republik einordnet.“

Im Abschnitt 2, der von der Abrüstung handelt, hat der letzte Absatz eine Ergänzung erhalten, so daß dieser Absatz lautet:

„Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr aufzuerlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuwählen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an. Sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands aus eigenem Willen unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse.“

Unter den praktischen Forderungen hat lediglich der Satz über das Kontrollrecht des Reichstags eine Abänderung erfahren. Er heißt jetzt:

„Kontrolle des Reichstags über alle Angelegenheiten der Reichswehr und über alle Verträge und Abmachungen der Heeresverwaltung.“

Die Abänderungsbeschlüsse wurden nach eingehender Debatte mit großer Mehrheit gefaßt. Die Kommission beschloß, dem Abänderungsentwurf dem Parteitag vorzulegen mit dem Antrag, damit alle Anträge zu den Richtlinien für die Wehrpolitik als erledigt zu erklären.

## Das Polizeikostengesetz.

Das preussische Staatsministerium hält an seiner Vorlage fest

Dem Preussischen Landtag ist jetzt der Entwurf eines Polizeikostengesetzes zugegangen. Der Entwurf will die Umständlichkeiten und ungerechten Auswüchsen des jetzigen Verfahrens dadurch beseitigen, daß sämtliche Gemeinden mit verstaatlichter Polizei zu den Kosten der gesamten staatlichen Polizei zu einem dem bisherigen Aufkommen an Gemeindebeiträgen entsprechenden Gesamtbetrag herangezogen werden, der auf die einzelnen Gemeinden nach einem einheitlichen Schlüssel unterteilt wird.

Der Staatsrat hat diesen Gesetzentwurf abgelehnt und darauf hingewiesen, daß eine Neuregelung der staatlichen Polizeikosten nicht ohne gleichzeitige Erleichterung der Polizeikosten für Gemeinden mit kommunaler Polizeiverwaltung erfolgen könne. Das Staatsministerium ist diesem Gutachten nicht beigetreten und hält nach wie vor an der Vorlage fest. Mit der anderweitigen Veranlagung des Polizeikostenbeitrages der Gemeinden mit staatlicher Polizei habe der vielfach verlangte Polizeikostenausgleich zugunsten der Gemeinden mit kommunaler Polizei an sich grundsätzlich nicht das geringste zu tun. Dieser Ausgleich werde zwar vom Staatsministerium ebenfalls als notwendig anerkannt. Man habe ihn jedoch in das vorliegende Gesetz nicht hineinarbeiten wollen, zumal infolge des Rückganges der Wirtschaftslage jede Neubelastung sich für die betroffenen Gemeinden besonders schwer auswirke.

## Hakenkreuz-Waffen.

50 Gewehre bei Nationalsozialisten beschlagnahmt.

Braunschweig, 24. Mai. (Eigenbericht.)

In dem Dorfe Lesse bei Braunschweig wurden durch die Polizei 50 guterhaltene Infanteriegewehre Modell 98, 1000 Stück Infanteriemunition und zwei gebrauchsfähige Maschinengewehre beschlagnahmt. Die Waffen und Munition befanden sich im Besitz von Nationalsozialisten, die damit bereits im Herbst Nachdienstübungen abgehalten hatten.

## Völkisch!

Wie sie verleumden.

„Die Deutsche Woche“, eines der völkischen Papiere, erzählt in Nr. 19 ihren bedauernden Lesern eine Schwindelgeschichte, die selbstverständlich in allen völkischen Versammlungen kolportiert wird. Also: die Frau des Abg. Scheidemann sei vor einigen Tagen in ein Geschäft ihrer Vaterstadt gekommen, um ein Stück französische Seide zu kaufen, weil ihr deutsche nicht gut genug sei. Der betreffende Kaufmann sei aber ein deutscher Mann gewesen und habe der „Frau des Proletariatsführers“ gesagt: „Sie sollten sich schämen!“ Die blöde Notiz schließt mit der noch blöderen Bemerkung: „Also geschah im Jahre 1929 der Dames-Herrschaft.“ Der völkische Schwindel kann in diesem Fall sehr schnell und gründlich nachgewiesen werden: die Frau des Abg. Scheidemann ist seit 1926 tot.

Die „Vereinigung der sozialdemokratischen Juristen“ hält am Sonntag, dem 26. Mai, normittags 11 Uhr, in Magdeburg ihre 6. Konferenz ab. Auf der Tagesordnung steht: „Die soziale Gerichtshilfe“. Referent ist Stadtrat Dr. Friedländer-Berlin.

# Hilfe trotz Käuferstreik und Boykott?

Die unerhörten Landbünddrohungen in Ostpreußen.

Durch ein Reichsgesetz hat die deutsche Volksvertretung Ostpreußen schnelle und gründliche Hilfe versprochen. Reich und Preußen bringen große Opfer, um den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in dem abgetrennten Ostpreußen zu begegnen. Es ist ein besonderer Reichskommissar für Ostpreußen ernannt worden und die Durchführung der Maßnahmen steht bevor.

Wie aber sieht es heute noch in Ostpreußen aus?

Der Landbund und andere von ihm geführte Organisationen haben mit kaum verhüllter erpresserischer Absicht gegen Reich und Preußen zur schnelleren Durchführung der Hilfsaktion mit einem organisierten Käuferstreik und brutalen Boykottmaßnahmen gegen alle diejenigen gedroht, die sich dem Ostpreussischen Landwirtschaftsverband, d. h. dem Landbund, bei der Durchführung seiner terroristischen Maßnahmen nicht anschließen. Die entsprechenden, Anfang Mai gefaßten Beschlüsse der Vertreterversammlung des Landwirtschaftsverbandes sind heute noch in Kraft. Anfang Juni ist in Königsberg eine große Kundgebung geplant, wo der Käuferstreik und die Durchführung des Boykotts ins Werk gesetzt werden sollen.

Im Preussischen Landtag hat die preussische Staatsregierung mittelern lassen, um weich tullen Pläne es sich dabei handelt. Um die Disziplin der ostpreussischen Bevölkerung, so wie der Landbund sie fordert, zu erzwingen, soll an

Jedem Hause ein Hauschild angebracht werden.

das die Sozialität des Besitzers mit den Landbünddrohungen deutlich

kenntzeichnet. Der Landwirtschaftsverband wolle an dem Hauschilde sehen, wer mit ihm sei und wer gegen ihn ist. Was der brutale Boykott will, zeigt ein Kundschreiben des Zweigvereins Insterburg des Landwirtschaftsverbandes vom 29. April, in dem zur Mobilmachung für die Kundgebung aufgefordert wird. Es heißt da, daß die Anbringung des Hauschildes an sichtbarer Stelle als treues Bekenntnis der Zugehörigkeit zum Landwirtschaftsverband angesehen werde. Nichtmitgliedern gegenüber sei so zu verfahren, daß jeder Verkehr und jede Gemeinschaft mit ihnen zu vermeiden sei. Die Namen sollen im Verbandsblatt veröffentlicht und bei Veranstaltungen öffentlich ausgerufen werden. Mit Nichtmitgliedern dürfen keine Geschäfte gemacht werden und alle wirtschaftlichen Hilfen seien ihnen zu verweigern. Im Falle von Bränden solle nur das Feuer gelöscht werden, alle übrigen sonstigen Nachbarn seien zu unterlassen.

Diese Beschlüsse sind noch heute in Kraft.

Anfang Juni sollen sie zur Durchführung kommen. Das geschieht, während durch ein Reichsgesetz Reich und Preußen sich zu schweren Opfern für Ostpreußen bereit erklärt haben.

Wir sind der Meinung, daß diese unerhörten Landbündpläne auf die Durchführung der Hilfsaktion nicht ohne nachteiligen Einfluß bleiben können. Es dürfte deshalb zweckmäßig sein, daß die Reichs- und die Preußenregierung gegenüber den Landbündkreisen Ostpreußens Sorge dafür tragen, daß die zur wirksamen und gerechten Durchführung der Aktion erforderlichen Garantien geschaffen werden.

# Herminens „illegitimer Sohn“.

Kurier zwischen Wilhelm von Doorn, Hugenberg und Westarp.

Köln, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Kaufmann Karl Hartung, 29 Jahre alt, stellungslos, illegitimer Sohn, wie er sagt, der Erbkaiserin Hermine, hatte sich gestern vor dem Schöffengericht wegen Betrügereien zu verantworten.

Die Sache fängt harmlos an. Ein Freiherr v. Solemacher will um ganze 10 Mark gepreßt sein. Aber die Wendung kommt, als der Sekretär der Frau Hermine Hohenzollern-Doorn vernommen wird. Dieser, ein Herr Wunderlich, muß auslegen, daß er im Namen der sogenannten Kaiserin an Hartung einen Brief geschrieben habe mit dem Versprechen, ihm ein größeres Darlehen zu gewähren und zu seinem weiteren Fortkommen beizutragen. Hartung hat wiederholt von Frau Hermine Geld bekommen, auch die Kosten für seine Verpflegung im Krankenhaus und eine Operation bezahlt. Auf Schloß Saarow hat er eine gründliche Aussprache mit Frau Hermine. Hartung war wiederholt in Doorn und wurde dort gütlich aufgenommen.

Rum kommt zur Sprache, daß Hartung an Frau Hermine ein Telegramm richtete mit der Drohung, wenn man ihm nicht helfen würde, käme es zu Prozessen mit unvorstellbaren Folgen. Die größte, die politische Sensation aber ist:

der Kaufmann Karl Hartung hat im besonderen Auftrag des ehemaligen Kaiserhauses den Kurier zwischen Doorn, Herrn Hugenberg, dem Grafen Westarp und dem früheren Generalmajor Graf Schlieffen gespielt.

Der Vorsitzende bestätigt dies: die Akten erweisen, daß wiederholt geschlossene Briefe von Doorn aus durch Hartung an Hugenberg und Graf Westarp, die beiden Führer der Deutschnationalen Volkspartei, übermittelt wurden.

Unter den Betrogenen befinden sich weiter neben Hausangestellten, Kaufleuten und Handwerkern ein Polizeioberst und ein Rechtsanwalt. Das Gericht verurteilte Hartung wegen Betruges, Unterschlagung und verbotenen Waffenbesitzes zu insgesamt einem Jahr einem Monat Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Es ist sonderbar: Sobald die Hohenzollern ihre Kasse wieder in die Politik stecken, geraten sie an Schwandler und Betrüger. Selber aber ist kaum zu hoffen, daß sie endlich zu dem Entschluß kommen, vor einer Beschäftigung Abstand zu nehmen, von der sie doch nichts verstehen.

# Um die soziale Gerichtshilfe.

Tagung der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung.

L. R. Breslau, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Im Sitzungssaal des Provinziallandtages begann heute morgen die auf zwei Tage berechnete Tagung der deutschen Landesgruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung. Die Vormittags- und Nachmittagsitzung des ersten Tages waren dem Problem der sozialen Gerichtshilfe gewidmet. Professor Grünhut als erster Referent konstatierte, daß der Strafrichter einer Erweiterung der Erkenntnisquellen bedürfe, um die soziale Diagnose und soziale Prognose stellen zu können. Er lehnte die Angliederung der sozialen Gerichtshilfe an das Gericht ab, verlangte andererseits die grundsätzliche Trennung der sozialen Fürsorge von der sozialpädagogischen Begutachtung. Die Bornahme der erforderlichen Ermittlung für das Strafverfahren soll Aufgabe des gerichtlichen Sozialpädagogen sein.

Gegen diesen Gesichtspunkt wandte sich der Berliner Stadtrat Rathusius. Er forderte mit aller Entschiedenheit die Uebertragung der Funktionen der

sozialen Gerichtshilfe auf die Wohlfahrtsämter.

Er gab zu, daß die Auswahl und Schutung der Ermittlungspersonen mit besonderer Sorgfalt geschehen müsse, eine Forderung, die, wie er meinte, für den Richter in noch höherem Maße zuträfe. Voraussetzung für eine erprobliche Tätigkeit der sozialen Gerichtshilfe sei die enge Arbeitsgemeinschaft zwischen Wohlfahrt und Rechtspflege. Das sei um so leichter zu bewerkstelligen, als Wohlfahrtspflege und sozialpädagogische Rechtspflege nach Inhalt, Haltung und Ziel identisch seien. Beide erstreben eine Eingliederung des sozialen Menschen in die Gemeinschaft.

Beiden Referenten widersprach der Landgerichtsdirektor Trompp und verlangte die Eingliederung der sozialen Gerichtshilfe in die Strafrechtspflege. Noch schärfer als dieser betonte in der Diskussion im Namen der Deutschen Richtervereinigung und

der Caritasvereinigungen und der Vereinigung für soziale Rechtspflege diesen Standpunkt der Senatspräsident Kögel. Er erklärte, daß die soziale Rechtspflege eine richterliche Angelegenheit sei und daß die Richter sich diese nicht nehmen ließen.

Der größte Teil der Diskussionsredner wie Professor Freundenthal, Dr. Löwenstein, Landgerichtsdirektor Reumann, Berlin, Direktor Krebs, Stadtrat Friedländer, Berlin, beifürworteten die Angliederung der sozialen Gerichtshilfe an die Wohlfahrtsämter. Auch Professor Radbruch machte sich diesen Standpunkt zu eigen. Er erklärte, es komme nicht darauf an, daß die Fürsorgefähigkeit und die Ermittlungstätigkeit von ein und derselben Personen vorgenommen werde. Es handele sich darum, daß die Ermittlung

in der sozialen Atmosphäre der Fürsorge

geschehe. Im übrigen meinte er, seien die Probleme der sozialen Gerichtshilfe so mannigfaltig und zu festen Formulierungen noch nicht reif, daß Entscheidungen auf dieser Tagung getroffen werden könnten.

Dementsprechend beschloß die Tagung die Einsetzung einer Kommission, in die Professor Radbruch, Professor Grünhut, Stadtrat Rathusius, Hr. a. List, Stadtrat Friedländer, Direktor Krebs, Rechtsanwalt Dr. Löwenstein und Landgerichtsdirektor Reumann gewählt wurden. Einem Antrage des Genossen Professor Dr. Radbruch gemäß soll diese Kommission auch einen Gesetzentwurf über die Einordnung der sozialen Gerichtshilfe in die Strafprozedurordnung ausarbeiten.

Am Abend fand im Gewerkschaftshaus eine gütliche Versammlung statt, in der Genosse Dr. Kurt Rosenfeld zum Thema „Proletariat und Strafrechtsreform“ sprach.

## Flucht aus der KPD.

Ende einer kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion.

Mainz, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Der Mainzer Stadtverordnete Reims hat dem Oberbürgermeister brieflich mitgeteilt, daß er aus der kommunistischen Partei ausgetreten sei, da er die kommunistische Politik nicht mehr mitmachen könne. Bisher habe er sie infolge des Fraktionszwanges deden müssen. Der als Kommunist gewählte Stadtverordnete Sommer hat inzwischen sein Mandat niedergelegt. Sommer gehörte der kommunistischen Partei schon seit Monaten nicht mehr an, bezog sich aber trotzdem als Kommunist.

Von der vier Mann starken kommunistischen Stadtverordnetenfraktion in Mainz bleibt nach diesen Veränderungen nunmehr nur

nach einer übrig, der, wie er selbst einmal im Stadtparlament erklärte, nur deshalb noch der KPD. angehört, weil er „nach nicht ausgeschlossen worden ist“. Von seinen Kennern in der Parteiorganisation ist er bereits befreit. Sein Stadterneuerungsmandat läßt aber die kommunistische Partei gelten, weil man keinen „fähigeren“ Nachfolger auf der Liste hat.

Weitere Strafanträge im Hufener Bauernprozeß. Im Hufener Bauernprozeß wegen der Demonstration vor dem Gerichtsgebäude am 3. Januar stehen am Sonnabend noch einmal 21 Bandenleute vor dem Richter, unter ihnen die Redner an dem kritischen Tage. Bisher sind gegen 35 Angeklagte Gefängnisstrafen von ein bis zwei Wochen und für einen Angeklagten Freispruch beantragt worden. Das Interesse an den Verhandlungen erlosch schließlich. Am Freitag war kein Zuhörer im Saal anwesend.

## Beinert wieder vor Gericht.

Moralisch verurteilt. — Er schimpft schon wieder!

Halberstadt, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Der deutschnationale Amtsgerichtsrat a. D. Beinert, mit dem sich der „Vorwärts“ schon wiederholt beschäftigten mußte, hat sich heute von dem Halberstädter Landgericht bescheinigen lassen, daß seine Schmähschrift „Von der politischen Freiheit in der deutschen Republik“ inhaltlich auch vom Gericht so bemerkt werden muß, wie es im Juni a. J. bereits vom „Vorwärts“ geschehen ist. Aus der Schrift war nämlich im Anschluß an die Schmähsungen des völkischen Landtagsabgeordneten Rube im Preussischen Landtag über die „Berufung des deutschen Richterstandes“, die vom Ministerpräsidenten Braun scharf zurückgewiesen wurde, vom „Vorwärts“ ein Abschnitt zitiert, aus dem zu entnehmen war, daß auch Herr Beinert einem Teil des Richterstandes Berührung und Verhöhnung vorwarf, nämlich jenem Teil der Beamten, der sich zum neuen Staat umgestellt hatte. Der tapfere Amtsgerichtsrat konnte sich seine Strafverfolgung, die ihm neben einer Geldstrafe vom Disziplinarerat des Kammergerichts zubilligert worden war, weil er in einer seiner berühmten Brocken-Bismard-Reden den ermordeten Reichsminister Erzberger als Lump und Schuft bezeichnet hatte, als nichtwürdigen Verräter und größten Halunken, den je die Sonne beschienen hätte, gar nicht anders erklären,

als daß die höchsten preussischen Richter ihr Urteil unter dem Einfluß des Judentums gefällt hätten.

Auch sonst strahlt die Schrift des Herrn Beinert von grimmigen Angriffen gegen Republik, Sozialismus und Judentum. Der „Vorwärts“ fragte nun, wieso der preussische Richterverein Herrn Beinert noch als ermündetes Mitglied betrachtet könne, wenn er einen Teil seiner eigenen Berufsgenossen als Lumpen bezeichnete, weil sie einer anderen politischen Ansicht seien als er.

Darauf verlagte Herr Beinert den „Vorwärts“, was aber zwecklos war, weil er einen Redakteur mit der Klage beehrte, der gar nicht verantwortlich war. Aber Herr Beinert ließ nicht locker. Unser Halberstädter Parteigänger, das „Halberstädter Tageblatt“, hatte die „Vorwärts“-Notiz, die sich mit dem Buche des Herrn Beinert beschäftigte, abgedruckt, und so verlagte er den verantwortlichen politischen Redakteur, Genossen Mollenbuhr, mit dem Erfolge, daß unser Halberstädter Genosse vom Amtsgericht zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt wurde und zwar wegen Verleumdung, übler Nachrede und Beleidigung. Die merkwürdige Urteilsbegründung haben wir seinerzeit mitgeteilt.

Die heutige Berufungsverhandlung, in der Rechtsanwalt Dr. Otto Landsberg, Berlin, die Verteidigung führte, und das unhaltbare Urteil der ersten Instanz mit logischer Klarheit durchleuchtete, zeigte ein Resultat, wie es der deutschnationale Amtsgerichtsrat wohl nicht erwartet hat. Das Gericht, in dem neben einem politisch rechtsgerichteten Landgerichtsrat zwei Landwarte als Schöffen, fungierten, konnte sich der messerscharfen Logik des Verteidigers Landsberg nicht entziehen. Eine Verurteilung, hieß es in der Urteilsbegründung, liege nicht vor. Nie habe der Beklagte die Urheber der Zeitungsnotiz gewesen sei. Die Nachrede komme nicht in Frage, weil aus dem Buche des Herrn Beinert zu entnehmen sei, daß er mit den Lumpen auch einen Teil des deutschen Richterstandes treffen wollte. Lediglich wegen formaler Beleidigung und zwar wegen des Ausdrucks „Pöbelsel“, mit dem der Beklagte die oben zitierte Beleidigung gegen Erzberger charakterisiert habe, sei eine Geldstrafe von 50 Mark am Plage.

Der Wahrschreibereis wurde vom Gericht als geführt angesehen.

Wird nun der Preussische Richterverein Herrn Dr. Beinert weiterhin als ermündetes Mitglied betrachten?

Charakteristisch für die Art der Verteidigung Beinerts ist es, daß er auf die sachlichen Ausführungen Landsbergs mit einer geschäftigen Stabschmiede antwortete und sich ohne jeden Grund eine starke Beleidigung des Landtagsabgeordneten Ruttner leistete, den er als „berufsmäßigen Ehrabschneider“ bezeichnete, was auf Antrag Landsbergs sofort vom Gericht protokolliert wurde.

## Zustiz für Rittergutsbesitzer.

Sie haben niemals böse Absichten.

Röslin, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Vor dem erweiterten Schöffengericht Röslin standen die Rittergutsbesitzer Wolf von der Sahl, Wisbühr und von Kamecke-Barnow, sowie die Landwirte Butte, Rath, Wisbühr und Pribe-Barnow unter der Anklage des Hausfriedensbruchs. Sie hätten am Verfassungstage des letzten Jahres in Abwesenheit der Lehrer die Reichsfahnen von den Schulgebäuden heruntergeholt. Das Gericht sprach die Angeklagten frei.

Begründet wurde dieses merkwürdige Urteil mit der Behauptung, die Angeklagten hätten sich als Mitglieder des Schulverbands auf Grund der erst kurz zuvor bekanntgewordenen Aufhebung der Flaggennotverordnung zu ihrer Handlung berechtigt fühlen können. Jedenfalls sei ihnen böswillige Absicht nicht nachzuweisen. (!) Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

## Hofbericht des Chemietrusts.

Ohne Kommentar!

W.B. Handelsdienst meldet aus Frankfurt a. M.:

Wie wir hören, ist Geheimrat Regierungsrat Prof. Dr. Duisberg von seiner Weltreise nach Australien zurückgekehrt. Seine Reise führte ihn über Vorder- und Hinterindien nach Java, China, Japan und den Vereinigten Staaten. Er nahm Veranlassung, vor allem in Indien, Java, China und Japan, die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Länder eingehend zu studieren, deren genaue Kenntnis bei der Bedeutung des Ostens für die deutsche Wirtschaft besonders wertvoll ist. Er veräußerte nicht, überall mit den Vertretern des Deutschtums in Führung zu treten, um ihre Erfahrungen und Wünsche kennen zu lernen. Gleichzeitig vernollständigte er durch eine Reihe von Reiseberichten seine bekannte ostasiatische Kunstsammlung. Er hat die Anstrengungen der sechsmonatigen Reise sehr gut verstanden und in voller Frische seine Arbeiten als Vorsitzender des Aufsichtsrats der A. G. Farbenindustrie A.-G. und des Reichsverbandes der deutschen Industrie wieder aufgenommen.

Beschleunigung der Zollprozesse. In einer allgemeinen Verfügung spricht der preussische Justizminister die Erwartung aus, daß die Gerichte den Wünschen der Parteien auf Beschleunigung der Zollprozesse entgegenkommen. Auch während der Gerichtsferien sollen die Rechtsverfahren so schnell wie möglich durchgeführt werden.

## Ganzt Langkopp von Ikehoe.



„In diesem Zeichen werdet Ihr siegen!“

## Wahlmanöver der Tories vereitelt.

Stimmengang der katholischen Wähler mit Hilfe einer gefälschten Kardinalsrede.

London, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Der Versuch der Konservativen, einen entstellten Auszug aus einer Rede des römisch-katholischen Kardinals Bourne an die katholische Bevölkerung zu verteilen, ist durch die vorzeitige Aufdeckung durch den „Daily Herald“ völlig gescheitert.

Die Führer der konservativen Partei in Schottland, wo die Stimmen der Katholiken eine bedeutende Rolle spielen, haben am Freitag beschlossen, die Flugblätter nicht zu verteilen und das ganze Material, das inzwischen in Glasgow eingetroffen war, wieder einzustampfen zu lassen. Sir Shadde, der Führer der schottischen Konservativen, hat inzwischen zugegeben, daß ein Zirkular, das die konservativen Wahlagenten über die Verteilung der Flugblätter und der gleichlautenden Plakate instruierte, „anonym und ohne jede Vollmacht“ in seinem Bureau fertiggestellt worden sei. Der Chefredakteur des „Daily Herald“ hat an den Vor-

sitzenden der konservativen Partei, Davidson, der die Veröffentlichung des „Daily Herald“ als Erfindung bezeichnet hatte, einen Brief gerichtet, in dem von dem konservativen Führer eine Zurücknahme seiner Behauptung und volle Entschuldigung gefordert wird.

Ulster-Wahlergebnis.

London, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Die Wahlen zum nordirischen Parlament haben den Unionisten einen neuen Erfolg gesichert. Sie werden in Zukunft von 32 Sitzen des Ulster-Parlaments allein 38 besitzen und verfügen damit über eine Mehrheit von 24 Stimmen. Die Arbeiterpartei hat von ihren 3 Sitzen einen verloren. (Ulster ist eine rein agrarische Provinz im Norden Irlands und eine traditionelle Hochburg des extremsten Konservatismus. Red.)

## Zwei Stimmen Mehrheit für Poincaré

Sozialistische Vorstöße in der Kammer.

Paris, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Die Kammer begann am Freitag mit der Diskussion zweier wichtiger Interpellationen. Der sozialistische Abg. Roch forderte eine klare Erklärung über die geplante Erhöhung der Eisenbahnarbeiterlöhne. Die Regierung gab bereits am Donnerstag bekannt, daß die für den 1. Januar 1930 geplante Lohnerhöhung schon am 1. Juli in Kraft treten sollte. Demgegenüber legte Roch dar, daß die Löhne nach wie vor völlig unzureichend bleiben. Die Debatte über diesen Gegenstand wurde mit der Annahme einer von der Rechten eingebrachten Tagesordnung geschlossen, die mit 274 gegen 272 Stimmen angenommen wurde, so daß die Regierung gerade zwei Stimmen Mehrheit erhielt.

Eine weitere von dem Sozialisten Front gestellte Anfrage befaßte sich mit dem Skandal im Militärlazarett von Chalons, in dem ein Militärarzt die Kranken auf unheimlich Weise mißhandelt hat. Die sozialistische Fraktion hat die Absicht, diesen Fall einer gründlichen Klärung zuzuführen und im Zusammenhang damit die von der Regierung nach dem Skandal ergriffenen unzureichenden Sanktionen einer scharfen Kritik zu unterziehen. Ministerpräsident Poincaré erklärte am Freitag, der Kriegsminister habe alles Interesse daran, so gründliche Aufklärungen wie möglich zu geben.

## Kommunisten als Helfer der Reaktion.

Paris, 24. Mai. (Eigenbericht.)

Das schon häufig gebührend gekennzeichnete Zusammenspiel zwischen Kommunismus und Reaktion zum Schaden der Arbeiterklasse hat am Freitag in der französischen Kammer wiederum eine so schlagende Beleuchtung erfahren, daß die Kommunisten selbst es unmöglich ableugnen können. War es doch einer der Ihren und nicht der letzte, der es offen gestand. Cachin rief bei der Rede des Innenministers Tardieu dazwischen, er beklage die Massenerstickungen am 1. Mai durchaus nicht. Cachin hat also die „Operationen großen Stils“ der Kommunisten, auf die sich Tardieu berief, vorbereitet und so die Möglichkeit zum Vorgehen der Regierung gegeben.

In Wirklichkeit hat nie auch nur die geringste Gefahr bestanden. Die französische Arbeiterklasse ist, worauf der sozialistische, früher kommunistische Abg. Bazoni hinwies, gegenwärtig zu einer einheitlichen Aktion nicht in der Lage, da der Bolschewismus sie gespalten hat. Seine Existenz gibt aber der Reaktion jederzeit die erwünschte Gelegenheit, auch gegen bereits erstickte Reden der Arbeiterklasse von neuem vorzugehen. Die Regierung weiß dies genau. Sie weiß, daß der Kommunismus ungefährlich ist. Aber sie weiß seine unschätzbaren Dienste zu würdigen. Mit der Hilfe Cachins und der Seinen läßt sich, das hat man an diesem Fall gesehen, auch das schärfste Vorgehen rechtfertigen, läßt sich der reinste Faschismus begründen, läßt sich die Bewegung allmählich in ein Nichts auflösen. Es ist immer dasselbe Spiel, in Frankreich, in Deutschland, wie in allen europäischen Ländern.

Amanullahs Flucht nach Europa. Wie aus Simla gemeldet wird, hat die indische Regierung Amanullah und seinem Gefolge ein Durchreisepasse durch Indien erteilt. Amanullah beschließt sich von Bombay, wohin ihn ein Sonderzug bringen wird, nach Europa einzuschiffen.

## Der Verständigungsgedanke marschiert

Ausdehnung in Paris / Rede des Reichstagsabg. Rohmann

Paris, 24. Mai.

Zu Ehren der 35 Mitglieder der Deutsch-Französischen Gesellschaft, die auf einer Studienreise durch Frankreich gegenwärtig hier weilen, veranstaltete die Gesellschaft des Amicitie (Internationale Freundschaften) heute ein Frühstück, an dem unter dem Vorsitz des Senators de Monzie etwa 120 Personen teilnahmen, darunter zahlreiche bekannte Parlamentarier und Schriftsteller. Auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Rohmann, der Vorsitzende der Vereinigung der deutschen Kriegsverletzten, war neben den führenden Persönlichkeiten der Deutsch-Französischen Gesellschaft anwesend. In den Tischreden, in der Deputierten Chamber und Oberst Picot, sowie des früheren englischen Unterhausmitgliedes Sir Thomas Barclay wurde übereinstimmend die Notwendigkeit einer

deutsch-französischen Verständigung als Vorbedingung für den europäischen Frieden

betont. Dr. Brautloff, der Vorsitzende der Deutsch-Französischen Gesellschaft, dankte für den freundlichen Empfang und versprach, daß seine Gesellschaft und die von ihm herausgegebene Zeitschrift „Deutsch-Französische Rundschau“ die notwendige Aufklärungsarbeit durchführen wollen, um namentlich eine Verständigung zwischen den deutschen und den französischen Intellektuellen herbeizuführen. Reichstagsabgeordneter Rohmann betonte in einer mit großem Beifall aufgenommenen Ansprache die Bereitwilligkeit der ebemaligen deutschen Frontkämpfer zur Mitarbeit an dem europäischen Aufbau; er sagte, die Ausnahme des „Graf Zeppelin“ in Frankreich habe den Beweis geliefert, daß im französischen und im deutschen Volke die Elemente vorhanden seien, durch die man zu einer Verständigung gelangen könne.

## Gegen deutsche Minderheitsschullehrer.

300 Disziplinarverfahren wegen schwerer Beschuldigung.

Kattowik, 24. Mai.

Auf Grund von Beschuldigungen der „Polsta Sachodnia“, wonach angeblich sämtliche Minderheitsschullehrer Zusätze aus deutscher Quelle beziehen, sollen gegen fast 300 deutsche Minderheitsschullehrer Disziplinarverfahren eingeleitet worden sein. Gestern wurde nun der Rektor der deutschen Minderheitsschule in Kattowik, Urbanik, gegen den ein gleiches Verfahren schwebte, ohne Pension seines Amtes entlassen.

## Schwere Studentenkrawalle in Mexiko.

Mexiko, 24. Mai.

Ein von den Studenten der juristischen Fakultät der Universität als Protest gegen die monatlichen Prüfungen eingeleiteter Streik hat zu einem schweren Zusammenstoß zwischen demonstrierenden Studenten und der Polizei geführt, der in eine wahre Straßenfahne ausartete und bei dem ein Student getötet und 82 verwundet wurden. Die Polizei mußte die Feuerwehr zu Hilfe rufen, die mit Schlauchleitungen gegen die Studenten vorging, während die Polizisten von ihren Schusswaffen und Regiergebrauch machten.



# Beim Einzelstrafrichter in Moabit.

In Moabit sind bekanntlich die Strafteilungen sämtlicher Berliner Gerichte bis auf wenige Ausnahmen vereinigt, es ist dort also für die Strafsprechung bereits ziemlich das erreicht, was für die Ziviljustiz mit immer größerem Nachdruck angestrebt wird:

## Die Zusammenlegung aller Gerichte

in einem Gebäudekomplex. Die Eigentümlichkeit des Strafverfahrens bringt es nun mit sich, daß man in Strafsachen mehr Zuhörer begegnet, die nicht zu den Organen der Rechtspflege gehören, als in zivilrechtlichen auf den Zivilgerichten. Das liegt einmal daran, daß in gewissen zivilrechtlichen Anwaltszwang besteht und daß in Sachen, in denen er nicht besteht, die Parteien sich doch häufig der Anwälte bedienen und deshalb nicht selbst an Gerichtsstelle erscheinen. Zeugen werden zu bestimmten Tagen, die für Beweisaufnahmen reserviert sind, geladen. So kommt es, daß in zivilrechtlichen die Anwälte gegenüber dem sonstigen Publikum in größerer Zahl in Erscheinung treten und dem Gerichtsbild ein besonderes Gepräge geben. Anders in Moabit. Hier hat einmal der Angeklagte fast ausnahmslos selbst zu erscheinen. Die Zeugenvernehmungen finden stets im Anschluß an das Verhör des Angeklagten statt, und fast zu jeder Sache sind immer einige Zeugen geladen, deren Zahl noch oft durch die vom Angeklagten gestellten verstärkt wird. Dazu kommt die nicht unerhebliche Zahl der Schau- und Hörstuhlgänger, die sich aus Freunden, Bekannten und Feinden des Angeklagten zusammenschließen und sich für sein Schicksal interessieren, ferner die aus Sensationslust Bekommenen, die interessante Geschichten hören wollen und schließlich diejenigen, die demüthigt selbst vor dem Richter erscheinen müssen und sich den Betrieb vorher ansehen wollen. Alles das läßt in Moabit ein anderes Bild als auf den Zivilgerichten entstehen. In Berlin-Mitte sind die Strafteilungen zusammengedrängt, und auch bei den Landgerichten ist mit Ausnahme eines Landgerichts eine Verringerung der Strafkammern eingetreten. Sehr beliebt bei dem schaulustigen Publikum scheinen die Verhandlungen zu sein, die

## vor dem Einzelstrafrichter.

dem Amtsrichter stattfinden. Offenbar, weil es sich hier meist um kleinere Sachen handelt, die sich verhältnismäßig schnell abwickeln und so Gelegenheit geben, in einer Stunde verschiedenartige Bilder zu sehen. Vor dem Amtsrichter kommen einmal alle Uebertretungen und ferner diejenigen Vergehen, bei denen keine besonders hohe Strafe zu erwarten steht. Sie sind meistens in tatsächlicher Beziehung einfach gelagert, manchmal brauchen sogar keine Zeugen



Altes Kriminalgericht Ecke Al-Moabit-Rathenowstraße

vernommen werden, da der Angeklagte geständig ist, und deshalb geht es ziemlich schnell vorwärts. Viele Sachen sind schon durch Strafbefehl, den der Amtsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft erläßt, gewissermaßen zum Abschluß gekommen, und nur weil der Betroffene Einspruch eingelegt hat, findet eine Hauptverhandlung statt. Da handelt es sich einmal um Pöbelschlägen: Ein Ausländer, meistens aus den östlichen Ländern, hat die Aufsen-

haltszeit, die ihm in seinem Pöb geschickt war, überschritten und will absolut nicht absteigen. Das Fremdenamt teilt den Vorgang mit, es kommt schließlich zur Hauptverhandlung, aber im letzten Moment hat es der an Gerichtsstelle vorgeladene vorgezogen zu verschwinden — wohin, läßt sich nicht feststellen, denn er bleibt einweilen un-auffindbar. In anderen derartigen Fällen erscheint der Vorgeordnete und wehrt sich eigentlich nur gegen eine zu hohe Geldstrafe. Wenn die Umstände es rechtfertigen, kommt er mit einer kleinen Geldstrafe davon. Geringfügige Körperverletzungen, manchmal auch schwere, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beleidigungen gehören zu den häufigsten Straftaten. Radaumacher haben in angetrunkenem Zustande Schlägereien gehabt oder sind kurz vor der Polizeistunde, trotz Protestes des Wirtes, noch in ein Tanzlokal eingedrungen; es entwickelt sich eine Schlägerei, deren Folge eine Körperverletzung ist, dazu liegen Beleidigungen hin und her; beim Abtransport der Radaulustigen durch die Schutzpolizei leisten diese Widerstand, indem sie sich gegen den Boden stemmen oder an sonstige erreichbaren Gegenständen festklammern und erst unter Anwendung von Gewalt durch die Polizei zur Wache zwecks Feststellung ihrer Personalien gebracht werden können. Gleich ist ein Kranz von Straftaten fertig. Anklage wegen Körperverletzung, Beleidigung, Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt. Trotz dieser Häufung von Straftaten fällt die Strafe nicht so schlimm aus, wie man annehmen könnte. Ist der Angeklagte nicht vorbestraft, dann erfüllt eine Geldstrafe, die seinen Einkommensverhältnissen angepaßt ist, den Strafzweck. Liegt der Fall schlimmer, dann kommt auch Gefängnisstrafe zur Anwendung. So ein Angeklagter, der zwölfmal vorbestraft ist, u. a. wegen räuberischer Erpressung, Zuhälterei und mehrfacher schwerer Körperverletzung. Er hat sich wiederum eine schwere Körperverletzung zuschulden kommen lassen, indem er einen Jekumpan nach beendeter Bierreise mit einem Schlagring bearbeitet hat. Der Verletzte wurde durch das Dazwischen-treten eines Polizisten aus seiner unangenehmen Situation befreit. Hier wurde auf drei Monate Gefängnis erkannt. Offenbar hatte der Angeklagte es auf die gefüllte Brieftasche seines Jekumpan, den er erst im Laufe des Tages kennen gelernt hatte, abgesehen. Aber das war ihm nicht nachzuweisen. Dieses Moment mußte also auch bei der Strafbildung vollkommen ausschalten. Auch

## Diebstähle und Unterschlagungen

gehören zum täglichen Brot des Amtsrichters. Meistens liegen die Fälle leicht. Ein junges Mädchen geht mit ihrer verheirateten Schwester in ein Warenhaus, um für die verheiratete Schwester ein Kleid zu kaufen. Sie kaufen auch das Kleid. Da unterliegt das junge Mädchen der Versuchung, versteckt eins von den ausgestellten Kleidern und will es mitgehen heischen. Das Personal entdeckt das Verschwinden des Kleides, das Mädchen wird untersucht, Beugnen ist zwecklos. Sie ist nicht vorbestraft, bereut ihre Tat, und so kommt sie mit einer geringen Geldstrafe davon. Auffallend sind die Unterschlagungen an unter Eigentumsverbehalt gekauften Sachen. Die meisten Geschäfte verkaufen heute auf Kredit. Die Entwicklung, die die Wirtschaft genommen hat, hat dieses Kreditgeschäft außerordentlich zur Blüte kommen lassen. Die Abzahlungs-geschäfte florieren. Es ist auch zu verlockend, einen lange ersehnten Gegenstand zu erwerben, ohne das nötige Bargeld gleich auf den Tisch des Hauses legen zu müssen. Man macht eine Anzahlung, die sich in erzwinglichen Grenzen hält und bekommt den Gegenstand ausgehändigt. Dabei vergißt man in der Freude ganz, daß man den gekauften Gegenstand nicht gleich bei der Ueber-gabe zu Eigentum erhält, da sich die Verkaufsfirma stets ausdrück-lich das Eigentum an dem Gegenstande bis zur völligen Zahlung des Kaufpreises vorbehält. Man darf also nicht mit dem Gegenstande machen, was man will. Man darf ihn also nicht verkaufen und auch nicht verpfänden. Das passiert aber manchen Leuten. Sie können aus irgendeinem Grunde die Raten nicht bezahlen, aber nicht genug damit, sie brauchen Geld, verkaufen schließlich auf den Ausweg, den Gegenstand, der ihnen laut Abmachung mit der Verkaufsfirma garnicht gehört, zu verkaufen. Er verschwindet auf diese Weise, und selbst wenn er noch aufzufinden ist, kann sich meistens der Erwerber auf seinen guten Glauben berufen, und er ist Eigen-

tümer geworden. Die Verkaufsfirma, die die Raten nicht erhält, verlangt ihr Eigentum zurück, erfährt den Vorfall, macht Anzeige und das Verfahren geht los. Kriegt sie ihr Geld rechtzeitig, zieht sie von einer Anzeige ab; kriegt sie es nicht, verfolgt sie mit Interesse das Verfahren. Gelingt es ihr, vor der Verurteilung doch noch das Geld zu erhalten, so erklärt sie, daß sie kein Interesse an der Strafverfolgung habe, und dann wird das Verfahren häufig, das es sich um geringfügige Sachen handelt, eingestellt. In derartigen Fällen bedient sich eine Firma des Strafverfahrens als Druckmittel, um ihre Forderungen bezutreiben, was



Neues Kriminalgericht in der Turmstraße

gesetzlich nicht unzulässig ist, und als in höchstem Maße unerwünscht bezeichnet werden muß. Man müßte hier einen Weg finden, um einem derartigen Mißbrauch der Strafverfolgungsbehörden einen Riegel vorzuschieben.

So stellt jeder Verhandlungstag den Strafrichter vor neue Aufgaben. Zwar wiederholen sich die Fälle in großen Umrissen. Aber jeder Fall bietet doch Abweichungen, läßt den Richter in ein anderes soziales Milieu schauen, das ihm die Erklärung für manche Straftat gibt und die Höhe der Strafe oft entscheidend beeinflußt.

## Vorpiel zum Stinnes-Prozeß.

### Die Geheimhaltung der Anklageschrift.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist die Anklageschrift in jedem Prozeß als Bestandteil des Aktensinhalts zu betrachten, und dementsprechend dürfen vor der Eröffnung der Hauptverhandlung Veröffentlichungen aus der Anklageschrift nicht erfolgen. Das Gesetz hat sogar die Möglichkeit, die Presse, wenn eine Uebertretung nach dieser Richtung hin erfolgt, strafrechtlich zu verfolgen.

Diese im Gesetz verankerte Bestimmung hat jedoch in den letzten Jahrzehnten keine praktische Anwendung mehr gefunden. Im allgemeinen wurde vor jedem großen Prozeß der Inhalt der Anklageschrift veröffentlicht, wobei immer darauf Rücksicht genommen wurde, daß die Darstellung deutlich als die Auffassung des Staatsanwalts gekennzeichnet wurde, um einen Ange-schuldigten in den Augen der Öffentlichkeit nicht von vornherein zu schädigen. Auch vor dem am kommenden Dienstag beginnenden Stinnes-Prozeß wollte die Justizpressestelle Berlin

## Jack London:



(Berechtigte Uebersetzung von Erwin Magnus.)

„Und noch eins, Herr Harnish,“ jagte Guggenhammer. „Wenn der Betrag, über den Sie verfügen oder den Sie in die Sache hineinstecken wollen, überschritten werden sollte, dann wenden Sie sich nur sofort an uns. Denken Sie immer daran, daß wir hinter Ihnen stehen.“

„Jawohl, daß wir hinter Ihnen stehen,“ wiederholte Dowsett.

Nathaniel Letton nickte zustimmend. „Und was die doppelte Dividende betrifft, die am achtzehnten erklärt wird —“ John Dowsett zog ein Papier aus seinem Notizbuch hervor und zeigte seinen Kneifer auf. „Ich will Ihnen die Zahlen zeigen. Sehen Sie hier —“ — Und nun begann eine lange technische und historische Auseinandersetzung über die Entwicklung von Ward Valley.

Die ganze Besprechung dauerte nicht länger als eine Stunde, und in dieser Stunde fühlte Danlight sich dem Gipfel des Lebens näher als je. Diese Männer, das waren große Spieler. Sie waren Großmächte. Allerdings war er sich klar darüber, daß sie noch nicht zu den Allergrößten gehörten. Sie standen noch nicht in einer Reihe mit Morgans und Harrimans. Aber sie waren doch in Berührung mit ihnen und selbst schon Giganten. Auch die Haltung, die sie ihm gegenüber einnahmen, gefiel ihm sehr. Sie waren lebenswürdig, ohne herablassend zu sein. Es war die Lebenswürdigkeit gegen ihresgleichen, und die keine Schmeichelei in diesem Aufstreiten verfehlte ihre Wirkung auf Danlight nicht; war er sich doch klar darüber, daß sie an Erfahrung wie an Reichtum weit über ihm standen. „Wir wollen diese Spekulantensätze mal ordentlich aufrütteln,“ erklärte Leon Guggenhammer triumphierend. „Und Sie sind der rechte Mann dazu, Herr Harnish. Alle Welt muß ja glauben, daß Sie auf eigene Faust handeln, und wenn es gilt, einen Reuling wie Sie zu stufen, sind alle Scheren scharf geschliffen.“

„Die werden sich wundern,“ fügte Letton hinzu, und seine unergründlichen Augen leuchteten aus den umfangreichen Falten des wollenen Schals hervor, den er sich jetzt

um Hals und Ohren wickelte. „Die Gedanken dieser Leute geben immer bestimmte Bahnen. Das Unerwartete wirft alle ihre Berechnungen über den Haufen — sei es eine neue Kombination, irgendein fremder Faktor oder eine neue Variante. Und das alles werden Sie für die Leute sein, Herr Harnish. Ich wiederhole: Es sind Spieler, und sie verdienen ihr Geschick. Sie hemmen und stören jedes regelrechte Geschäft. Sie, Herr Harnish, haben ja keine Ahnung von dem Kerger, den diese Spekulantensätze uns verursachen, wenn sie — was vorkommt — mit ihrem Spiel die vernünftigsten Pläne durchkreuzen und die sichersten Geschäfte über den Haufen werfen.“ Dowsett und der junge Guggenhammer fuhren zusammen in einem Auto fort, Letton allein in einem anderen. Auf Danlight, dessen Gedanken immer noch von den Ereignissen der letzten Stunde erfüllt waren, machte die Art ihre Abreise einen tiefen Eindruck. Wie seltsame Ungeheuer standen die drei Maschinen am Fuße der breiten Treppe unter der unbeleuchteten Einfahrt. Es war finstere Nacht, und die Scheinwerfer der Automobile durchschnitten wie Messer die feste Substanz des Dunkels. Der ehrerbietige Lakai, der automatische Hausgeist, der keinem der drei gehörte, stand, nachdem er ihnen beim Einsteigen geholfen, wie aus Stein gebauet da. Auf den Führersitzen saßen die pelzgekleideten Chauffeure. Dicht hintereinander jagten die Wagen ins Dunkel hinaus und verschwanden um die Ecke.

Danlights Wagen war der letzte, und als er hinausjagte, erblickte er einen Schimmer des unbeleuchteten Hauses, das groß und mächtig wie ein Berg in der Finsternis dalag. Wem mochte es gehören? Wie kam es, daß sie es für ihre heimliche Besprechung benutzten? Ein Mysterium? Die ganze Geschichte war voller Mysterien. Aber Hand in Hand mit dem Mysterium schritt die Nacht. Er lehnte sich zurück und atmete den Rauch seiner Zigarette ein. Großes war im Gange. Eben jetzt wurden die Karten zu einem mächtigen Spiel ausgeteilt, und er war dabei. Er erinnerte sich seines Pokerspiels mit Jack Kearns und lachte laut. Damals ging es um Tausende, jetzt um Millionen. Und wenn am achtzehnten die Dividende erklärt wurde —, er lachte laut bei dem Gedanken an die Scheren, die geschliffen wurden, um ihn zu stufen —, ihn, Burning Danlight.

Es war fast zwei Uhr morgens, als er in sein Hotel zurückkehrte, aber noch warteten Reporter auf ihn, um ihn zu interviewen. Am nächsten Morgen kamen wieder welche. Und so wurde er mit schmetternden Zeitungsfansaren in New York empfangen. Wieder einmal wanderte keine materielle Gestalt unter dem Värm des Tamtams, unter wildem

Spektakel durch die Druckspalten. Der König von Klondike, der Held des hohen Nordens, der dreißigfache Dollarmillionär aus Alaska war nach New York gekommen. Warum? Wollte er jetzt den New-Yorkern an den Kragen wie früher der Tomopah-Bande in Nevada? Wall Street mußte auf dem Posten sein: Der wilde Mann aus Alaska war da. Oder würde diesmal Wall Street ihm an den Kragen gehen? So war es schon vielen wilden Männern ergangen. Wie würde es ihm ergehen? Danlight grinste und sprach sich den Interviewern gegenüber in dunklen Wendungen aus.

Man war darauf vorbereitet, daß er spielen würde, und als am selben Tage ein mächtiger Kauf von Ward Valley begann, gab es keinen Zweifel mehr, daß er dahintersteckte. Die Bogen der Börsengerichte gingen hoch. Wieder hatte er es also auf die Guggenhammers abgesehen. Die Geschichte von Ophir wurde wieder hervorgeholt und so sensationell ausgeputzt, daß Danlight sie selbst kaum wiedererkannte. Aber das war nur Wasser auf seine Mühle. Es war klar: die Spekulanten gingen auf den Leim. Von Tag zu Tag kaufte er mehr, aber das Angebot war so groß, daß Ward-Valley-Aktien nur ganz langsam stiegen.

Die Woche, die Donnerstag, dem achtzehnten, vorausging, war eine wilde, aufgeregte Zeit für Danlight. Ganz allmählich hatte das anhaltende Kaufen doch die Aktien in die Höhe getrieben, und je näher der Donnerstag kam, desto mehr spitzte die Lage sich zu. Irgendwie mußte die Bombe platzen. Wieviel Ward Valley wollte dieser Klondike-Spieler denn kaufen? Wieviel konnte er kaufen? Was taten die Ward-Valley-Leute unterdessen? Die Interviews mit ihnen, die in den Blättern erschienen — Interviews, die prachtvoll ruhig und beherrscht waren — belustigten Danlight sehr. Leon Guggenhammer äußerte sogar die Meinung, daß dieser Nordlanddröfus sich vielleicht doch verrechnet hätte. Aber das machte ihnen keine Sorge, erklärte John Dowsett. Sie hätten auch nichts dagegen. Sie hätten keine Ahnung von seinen Plänen, und nur eines sei sicher: Ward Valley lägen à la hausse. Dagegen hätten sie auch nichts. Wie es ihm und seinen Operationen auch immer erginge, Ward Valley sei jedenfalls in schönster Ordnung. So fest wie der Felsen von Gibraltar und würde es bleiben. Nein, sie hätten keine Ward Valley zu verkaufen, besten Dank. Der ganze unnatürliche Stand des Marktes müsse sich bald ändern, und Ward Valley sei durch ein so wahnsinniges Börsenspiel nicht aus seinem ruhigen Gang zu bringen. „Es ist das reine Spiel von Anfang bis zu Ende,“ sagte Nathaniel Letton, „wir haben nicht das geringste damit zu tun und nehmen keine Notiz davon.“ (Fortsetzung folgt.)

# Die Wahnsinnstat einer Mutter.

## Wie kam es zu der Tragödie in Wilmersdorf?

gestern den Vertretern der deutschen Presse Gelegenheit geben, sich über die Anklage eingehend zu informieren. An der Sitzung, der auch Staatsanwaltstaatsrat Berliner beimohnte, nahmen fast alle Verteidiger der sieben Angeklagten teil. Als nun der Leiter der Pressestelle, Landgerichtsrat Becher, nach den ersten grundsätzlichen Ausführungen über das Wesen des Anleiheabstufungsrechtes, auf die Beschuldigungen, die gegen die einzelnen Angeklagten erhoben werden, einging, erhoben die Verteidiger lebhaften Protest. Sie erklärten übereinstimmend, daß die Verlesung aus der Anklageschrift oder eine Darstellung, die sich auf die Anklage stütze, ungeschwätzlich sei und ihre Mandanten erheblich schädigen müßte. Presse und Publikum hätten im Laufe der Hauptverhandlung genügend Gelegenheit, sich darüber zu informieren, ob die Beschuldigungen gegen Stinnes und Benossen zu Recht befänden, und einer der anwesenden Anwälte drohte sogar, den Konferenzsaal zu verlassen, da er einem „so ungeschwätlichen Vorgehen“ nicht länger beimohnen könne.

Unter diesen Umständen sah der Leiter der Pressekonferenz, Landgerichtsrat Becher, davon ab, weitere Mitteilungen über das Verfahren zu machen.

## Die Lehren von Cleveland.

### Keine Explosionsgefahr für Berlins Krankenhäuser?

Der im „Abend“ vom 18. Mai veröffentlichte Artikel des Reichstagsabgeordneten Dr. med. Julius Moses über „Die Lehren von Cleveland“ wies auf die Gefahr hin, die auch in Krankenhäusern Deutschlands durch die Lagerung der Röntgenfilme bei unvorsichtiger Behandlung entstehen kann. Erinnert wurde an ein vom Reichsminister des Innern bereits am 26. Januar 1924 den Landesregierungen zugesandtes Rundschreiben über „Feuersgefahr durch Röntgenfilme in Krankenanstalten“ und an eine gleichzeitig den Landesregierungen übermittelte Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes über diese Gefahr. Schließlich wurde gefragt, was nach den Warnungen des Reichsgesundheitsamtes und des Reichsinnenministeriums die Landesregierungen getan haben. Nach der Veröffentlichung jenes Artikels im „Abend“ brachte dann auch ein bürgerliches Blatt einen Hinweis auf die Gefährlichkeit der Röntgenfilme in Krankenhäusern und nannte besonders das Berliner Birchow-Krankenhaus. Hierzu äußert sich jetzt der Magistrat in folgender Erwiderung, die das städtische Nachrichtenamt verbreitet:

„Das Brandungsrisiko im Krankenhaus zu Cleveland in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat verschiedentlich zu der Frage geführt, ob sich ähnliche Zustände auch in Berlin ereignen könnten. Nach menschlicher Voraussicht erscheint eine derartige Katastrophe in den Berliner städtischen Krankenhäusern vollkommen ausgeschlossen. Schon vor diesem einschlägigen Ereignis in Amerika hatte der Polizeipräsident von Berlin unter Bezugnahme auf eine Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes den zuständigen städtischen Stellen eine Verfügung zugehen lassen, nach der aufs genaueste geprüft werden soll, in welcher Entfernung von den Röntgeninstituten feuergefährliche Flüssigkeiten, insbesondere in Apotheken, in den Berliner Krankenhäusern aufbewahrt werden. Alle diese Einrichtungen stehen übrigens unter der ständigen Aufsicht der städtischen Feuerpolizei. Am Birchow-Krankenhaus, in dem angeblich feuergefährliche Zustände herrschen sollen, befindet sich das Röntgenlaboratorium in einem völlig isoliert liegenden Gebäude, das schon seit 25 Jahren besteht, ohne daß bisher dort ein Unglücksfall eingetreten ist. Es lagern in diesem Laboratorium zwar Filme, aber es handelt sich hierbei um schwer entflammbare und deshalb besonders kostbare Filme, die zwar im äußersten Unglücksfall verbrennen, aber niemals explodieren können. Für sämtliche städtischen Röntgeninstitute besteht außerdem noch ein strenges Rauchverbot. Bei Neubauten von Krankenhäusern wird bewußt darauf geachtet, daß die Röntgeninstitute in besonderen Gebäuden in der erforderlichen Entfernung von der Krankenanstalt selbst untergebracht werden.“

„Nach menschlicher Voraussicht“ gilt also ein ähnliches Unglück in den Berliner städtischen Krankenhäusern als „vollkommen ausgeschlossen“. Hoffen wir, daß die „Voraussicht“ nicht trügt.

## Um die Mißhandlung der Zigeuner.

### Den Kannibalismus beständigen die Gefängnisbeamten.

Kaschau, 24. März.

Zu Beginn der Sitzung im Zigeunerprozeß in Kaschau stellte der Präsident fest, daß es dem Angeklagten Paul Ribar gelungen sei, durch den Lokalangewandten im Krankenhaus ein einwandfreies Alibi zu erbringen.

Hierauf erfolgte die Vernehmung des Gefängnisdirektors Janitschek, der auf das bestimmteste erklärte, daß die Zigeuner im Laufe der Voruntersuchung nicht mißhandelt seien. Auf die Frage des Rechtsanwalts Dr. Friedländer, ob sie etwas von der Menschenfresserei erzählt hätten, antwortete der Gefängnisdirektor, daß Hubal einmal erklärt habe, er habe hauptsächlich die Brüste von Frauen besonders schmachtig gefunden, sie erinnerten ihn an den Gemüß von Pferdefleisch. Sodann wurde der Inspektor Johann Krecsi vernommen, der ebenfalls zu Protokoll gab, daß die Angeklagten nicht geschlagen seien. Er wies eine Reihe von Karten und Briefen Filkes vor, in denen dieser ihm verschiedene Wünsche ausgedrückt habe, aber nirgends auch nur ein Wort von Mißhandlungen erwähnte. Auch der Gefängnisinspektor Michalsky bestreitet entschieden jede Mißhandlung der Zigeuner. Auf eine weitere Frage, ob sie auch ihm gegenüber etwas von Menschenfresserei erwähnt hätten, gab er folgendes bekannt: Die Zigeuner haben berichtet, daß sie ihre Opfer zerteilt, gefocht und mit Kartoffeln garniert gegessen haben. War das Opfer zerteilt, so habe jeder sein Teil genommen und weggetragen. Er wiederholte, daß auch diese Angaben der Zigeuner ohne Mißhandlungen erfolgt seien.

Dazu ersuchte der Angeklagte Filke um das Wort und erklärte, daß er vom Gefängnisinspektor selbst zwar niemals geschlagen, wohl aber auf seinen Befehl mißhandelt worden sei.

## Die Aufbauflassen für besonders befähigte Kinder.

Die Stadterordnetenversammlung hat durch Beschluß vom 21. Februar grundsätzlich zugestimmt, daß an Groß-Berliner Volksschulen verfahrensweise zunächst 20 Aufbauflassen für besonders befähigte Kinder des achten Schuljahres eingerichtet werden sollen. Diese Aufbauflassen sind der Anfang der für die Volksschulen geplanten Oberstufe, die man durch Zusammenfassung des Schuljahres 8 mit den neu anzuführenden Schuljahren 9 und 10 schaffen will. Nachdem auch der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zugestimmt hat, sind zu Beginn des Sommerhalbjahres an neunzehn Schulen solche Aufbauflassen eröffnet worden. Die Kosten in Höhe von jährlich 128 000 M. wären für das laufende Jahr, weil sie nicht mehr in den Haushalt eingestellt werden konnten, aus Vorbehaltsmitteln zu decken.

Das Motiv zu der furchtbaren Tat der Kaufmannsfrau Bölsche (nicht Bölsche) in der Schlangenhader Str. 87 im Bezirk Wilmersdorf ist die geradezu verwerfliche wirtschaftliche Notlage, in der sich die Familie bereits seit vielen Monaten befand.

Der Gerichtsvollzieher ging aus und ein, kaum ein Möbelstück stand in der Wohnung, das nicht versiegelt war. Der Mann weiste seit einigen Tagen irgendwo draußen in der Provinz, seine Abwesenheit benutzte die schwergeladene Frau, um ein Ende zu machen. Ihre drei Kinder nahm sie mit in den Tod.

Bölsche hatte vor einiger Zeit mit seiner Familie in dem neu errichteten Gebäude eine 5-Zimmer-Wohnung bezogen. Die Kosten des Haushalts gingen aber über die wirtschaftlichen Kräfte des Mannes hinaus, denn wiederholt wurde der Gerichtsvollzieher bei den Leuten gesehen. Schon am Donnerstag kamen wieder Frau Bölsche noch die drei Kinder, die 15 Jahre alte Ursula, die 10 Jahre alte Ingeborg oder der 9 Jahre alte Sohn Wolfgang, zum Vorschein. Am Freitag vormittag machte sich dann im Hause ein starker Gaseruch bemerkbar. Riecher alarmierten Polizei und Feuerwehr. Die Beamten, die sich Zutritt verschafften, fanden alle Türen in der Wohnung geschlossen. Im Schlafzimmer lagen Frau Bölsche und die Kinder regungslos in den Betten. Wiederbelebungsversuche waren bei allen ohne Erfolg. Die Frau hatte, weil in den Zimmern nur elektrisches Licht ist, die Gasähne in der Küche aufgedreht und die Tür aufgeschlossen. So strömte von dort her das Gas ungehindert ein und führte bei allen vier Personen den Tod herbei. Die Kriminalpolizei hat die Leichen beschlagnahmt. Ohne Zweifel hat wirtschaftliche Not die Frau in den Tod getrieben, was geht auch aus verschiedenen Abschiedsbriefen an Verwandte und Freunde hervor.

Der Kaufmann Arnold Bölsche, ein Mann von 45 Jahren, ist Vertreter einer auswärtigen Firma und viel unter-

wegs. Die Familie war früher in Götlich anässig, kam dann aber nach Berlin. Im November v. J. wurde die 5-Zimmer-Wohnung bezogen. In den Räumen erkennt man deutlich die fortschreitende Not, die von der Familie ertragen werden mußte. Fast alle Möbel sind verkauft oder verpfändet worden, sogar die Betten der drei Kinder, die nun mit den Eltern zusammenschlafen mußten. Die verödete Wohnung wurde, nachdem die vier Leichen dem Schauhaus zugeführt worden waren, polizeilich versiegelt.

## Der Trunkenbold als Gerichtsvollzieher

### Die Verhandlung wird verlagert.

Wir berichteten gestern abend über die Miter-schlagungen des Gerichtsvollziehers Preller, der jeden Tag zwei Flaschen Cognac und vierzig Gläser Bier trank. Gestern wurde die Verhandlung verlagert.

Da in der Beweisaufnahme verschiedene Zeugen bekundeten, daß der angeklagte Gerichtsvollzieher, der sich wegen Amtsunterschlagung und Urkundenfälschung zu verantworten hatte, fast immer betrunken zum Dienst erschien, kam der Sachverständige Dr. Wiener in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, es sei möglich, daß der Angeklagte seine Verfehlungen in ständiger sinnloser Betrunkenheit begangen habe. Daraus beantragte der Staatsanwalt Verlagerung der Verhandlung, damit der Angeklagte durch einen Gerichtsarzt noch einmal beobachtet und auf seinen Geisteszustand untersucht werde.

Nach längerer Beratung folgte dem Antrag des Staatsanwalts, verlagte die Verhandlung- und beauftragte Medizinalrat Dr. Dyrenfurth, den Geisteszustand des Angeklagten zu untersuchen.

## Achtung! Falschgeld!

### Bis zu 3000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Selt längerer Zeit tauchen nicht nur in Berlin, sondern auch im Reich verschiedene Fälschungen von 10- und 20-Mark-Reichsbanknoten mit dem Ausgabedatum vom 11. Oktober 1924 auf.

Hersteller und Verbreiter dieser Fälschungen sind bisher noch nicht ermittelt. Die Fälschungen sind bei einiger Aufmerksamkeit durch Vergleich mit den entsprechenden echten Noten zu erkennen. Die eine Sorte der umlaufenden falschen 10-Markscheine ist an der mangelhaften Wiedergabe des Männerkopfbildnisses auf der Vorderseite der Note leicht kennlich. Der Gesichtsausdruck ist starrer als bei der echten Note, Halsstrang und Zah des Kopfbildnisses sind im Gegensatz zu der echten Note mit starken dunklen Strichen durchzogen, und der Kragen hebt sich gegen den Vordruck ab. Die andere Art der umlaufenden 10-Markscheine-Fälschung ist wesentlich besser. Die Wiedergabe des Kopfbildnisses ist gut. Der Kragen hebt sich vom Vordruck besser ab, als bei der ersten Art, jedoch längt nicht so prägnant wie auf der echten Scheine. Auffälliges Kennzeichen ist: Während das auf dem rechten unbedruckten Rand der Note wellenartig verlaufende Rippenmuster bis dicht an die rüßliche Einrahmung des Kopfbildnisses heranreicht, befindet sich auf den Falschnoten neben der rüßlichen Einrahmung des Kopfbildnisses ein von dem Rippenmuster nicht durchzogener glatter Rand.

Die Fälschung der 20-Markscheine ist ohne weiteres an der mangelhaften, unsauberen und harten Wiedergabe des Frauenkopfbildnisses auf der Vorderseite der Note zu erkennen. Der Gesichtsausdruck der Frau zeigt auf den Falschnoten ältere und härtere Züge als auf den echten.

Das Publikum wird ersucht, Einzahler der Falschnoten der Polizei zu übergeben. Für Mitteilungen, die zur Aufdeckung einer Falschmünzwerkstatt führen, hat die Reichsbank eine Belohnung bis zu 3000 M. ausgesetzt. Es wird gebeten, sich an die Falschgeldzentrale des Polizeipräsidenten Berlin in der Alten Leipziger Straße 16 zu wenden.

## Erhöhung der Pflegegeldsätze.

Der Magistrat hat beschlossen, die Pflegegeldsätze für die in der Familienpflege in Berlin untergebrachten städtischen Pflegekinder (Waisenkinder) zu erhöhen.

Vom 1. Juli werden für Kinder im 1. bis 2. Lebensjahre 1,50 M. täglich wie bisher gezahlt, für Kinder im 3. bis 6. Lebensjahr sollen künftig durchweg 1,20 M. und für Kinder im 7. bis 14. Lebensjahr 1,10 M. täglich gezahlt werden. Für Kinder im schulpflichtigen Alter tritt also eine Erhöhung um 20 Pf. täglich ein.

Durch die Erhöhung entstehen für die Stadt beträchtliche Mehrausgaben, da viele tausend Kinder in Frage kommen. Beimgleich man bei der Unterbringung verwaister oder verlassener Kinder davon ausgehen muß, daß überwiegend dieselben Gesichtspunkte für die Aufnahme der Kinder bestimmend sein sollten, so war das Verhältnis zwischen den Leistungen der Pflegeeltern für die Ernährung und die Pflege der Kinder und dem Pflegegeldsatz all-

mählich so groß geworden, daß die Gewinnung guter Pflegestellen immer schwieriger wurde. Leider haben auch viele Pflegeeltern die Kinder in späteren Lebensjahren wieder ab-

Es wäre erwünscht, daß recht viele Familien oder alleinstehende Frauen, deren räumliche und wirtschaftliche Verhältnisse die Aufnahme eines Pflegekinds gestatten und die auch in gesundheitlicher und erzieherischer Hinsicht den Anforderungen entsprechen, sich bei ihrem Bezirksjugendamtmeldern. Neben dem erhöhten Pflegegeld wird nach wie vor Kleidung, Wäsche und Schuhwerk gewährt. Ebenso haben alle städtischen Pflegekinder Anspruch auf freie ärztliche Behandlung und freie Heilmittel.

## Flugzeugabsturz in Posen.

Bei Raab am verunglückte bei einer Notlandung infolge Motordefektes ein polnisches Militärflugzeug aus Krakau. Die beiden Besatzten, zwei Fliegeroffiziere, wurden schwer verwundet.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Eintragungen für diese Rubrik sind bis zum 2. Juni, 2 Treppen rechts, zu richten.

7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde heute, Sonntag, abend, 7. Mai, von 17-18 Uhr im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegenheit zum Bieraustritt!

11. Kreis Schöneberg. Sonntag, 26. Mai, 8 Uhr, treffen sich alle Genossen zur Hermann-Löpsch-Aktion im Südkolonnaden bei Steiner, Kantine in der Kolonie Deutschland.

heute, Sonnabend, 25. Mai.

27. Wk. Um 21 Uhr außerordentliche Funktionserhebung bei Kapl. Eberts, Trepp. 7.

Morgen, Sonntag, 26. Mai.

40. und 41. Wk. Betrifft Beschäftigung des Kraftwerkes Ringelberg. Günstigste Fahrverbindung ist mit der Straßenbahn 49 nach 114 bis zur Waidmannsdorfer Straße, von dort mit der Linie 13 bis zum Kraftwerk Ringelberg. Treffstellen müssen bestehen. Nachholer können an einer anderen wie im Ausweis angezeigten Beschäftigung nicht teilnehmen.

30. Wk. Reußens. Landtagung im Orlow, Treffpunkt und Abfahrt Sonntag 24. Uhr Sektionschef Percheron.

## Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

10. Kreis Köpenicker. Bezirksauschuss, Helfer- und Helferinnenkommission am Montag, 27. Mai, um 19½ Uhr, bei Scharrer, Köpenicker, Potsdamer Str. 3. Tagesordnung: Kriegsbefähigten- und Kriegsernterlebensversicherungen in Groß-Berlin. Referent: Hermann Schwarz-Berlin. Interessenten sind eingeladen.

## Jungsozialisten.

Gruppe Tempelhof-Mariendorf: Sonntag, 26. Mai, Fahrt nach dem Ober-Spreekanal, Treffpunkt 7 Uhr Vfr. Tempelhof, Reichsplatz mitbringen.

Gruppe Reußens: heute, Sonnabend, 25. Mai, Landtagung, Treffpunkt 17 Uhr Ringelberg, Reußens (mit Fahrtrabern).

## Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Preussischer Berg, Gruppe Bismarck-Wald, Wd.: Sonntag Elternfahrt nach Weiskenshof, Treffpunkt 8 Uhr Weiskenshof, Potsdamer Straße (Bahnhof).

## Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Eintragungen für diese Rubrik sind bis zum 2. Juni, 2 Treppen rechts, zu richten.

Unter Einwirkung nach Magdeburg fährt heute 16.45 Uhr ab Potsdamer Bahnhof. Fahrgen mitbringen!

## heute, Sonnabend, Treffpunkte für Magdeburgfahrer:

Westberliner Tiergarten: 15½ Uhr Kleiner Tiergarten. — Westberliner Reußens: 15½ Uhr (nicht 14½ Uhr) Vfr. Reußens, Potsdamer Str. 3. Treffpunkt 17 Uhr Ringelberg, Reußens (mit Fahrtrabern). Treffpunkt 7 Uhr Vfr. Schöneberger Wk.

Schöneberger Vorstadt: Morgen, Sonntag, Fahrt, Treffpunkt 8 Uhr Vfr. Sektionsleiter, 40 W. Sektionsleiter, 16½ Uhr Heimabend Schöneberger Str. 7. Instrumente und Turnschuhe mitbringen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

### Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaft Halle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr. Sonntag, Sonnabend, 25. Mai, 20½ Uhr, letztes Mahnen, mit Musik und Reden. Mundharmonika mitbringen. — Kreuzberg, Jugend 3: Sonnabend, 25. Mai, Fahrt nach dem Häljernen See. Treffpunkt Sonnabend, 17 Uhr, Gürtlicher Strassenbahn, — Ostkreuzkreis: Sonnabend, 25. Mai, Rahnenangelegenheit in Petersbagen, Beteiligung wünschenswert. Abfahrt 19.30 Uhr vom Schließlichen Bahnhof. Aufstehen bei schönem Wetter. Treffpunkt nach dem Sternplatz. — Westberliner: Sonntag, 26. Mai, 8 Uhr, Sektionshaus.

Reichsbanner Republik, Abend: Sonntag, 26. Mai, ab 19 Uhr Redungen (Schiffen im Wilhelmshafen, am Bahnhof Tiergarten). Reichsbanner Gemeinde: Sonntag, 11 Uhr, Doppelstunde 18. Vortrag des Herrn Dr. G. Hoff: „Die Revolution des Talents.“ Harmonium: Treffpunkt (Schubert). Gäste willkommen.



Aus englischen Singspielen und Operetten bekam man am Abend zu hören. Das war wirklich einmal eine hübsche Idee — zumal als Solisten die ausgezeichnete singende Sopranistin Margret Pfahl und Karl Völkner verpflichtet worden waren. Die musikalische Qualität der Werke konnte sich mit der gleichartigen deutscher durchaus messen. Volkstümliche Orchestermusik schloß sich diesen Darbietungen an; weniger bekannte, gefällige Werke. Den Abschluß der Abendveranstaltungen machte Beethovens E-Moll-Symphoniekonzert, Op. 59, gespielt von dem prächtigen musizierenden Quartett. Die Vorträge dieses Tages waren leider nicht sehr vollständig gehalten. Auch Königswusterhausen brachte kaum Themen, die für eine größere Hörerschaft Interesse hatten — wenn man von der sehr hübschen Schilderung der Taubertaubheit am Spätnachmittag abläßt. Dieser Vortrag war allerdings wirklich dazu angetan, einer größeren Hörerschaft Freude zu bereiten und vielleicht manchen zu bestimmen, diesmal während der Ferien sich dieser prächtigen deutschen Landschaft zuzuwenden. 299.

# Der Weg der Konzentration.

## Die Größengliederung der deutschen Industriebetriebe.

Aus den bisherigen deutschen gewerblichen Betriebszählungen wissen wir, daß die Konzentrationsbewegung der Betriebe immer weitere Fortschritte macht. Die Betriebsstatistik scheidet aber leider die gewerblichen Unternehmungen nicht nach dem investierten Kapital, sondern legt der Gruppeneinteilung nur die Zahl der im Betriebe beschäftigten Personen zugrunde. Neues Material zu dem Thema gewinnen wir aber auf einem Umwege. Die Reparationsverpflichtungen sehen bekanntlich unter anderem eine sogenannte Industriebelastung vor. Danach werden die größeren Unternehmungen zu den Reparationslasten jährlich mit einem Betrag von 300 Millionen Mark herangezogen, der auf die Betriebe umgelegt wird. Die „Bank für deutsche Industriebelastungen“ hat die Verwaltung und Aufbringung dieser industriellen Reparationslasten zu regeln. Bei den erforderlich werdenden Arbeiten ergeben sich viele wichtige Zahlen, die einen neuen Einblick in die deutsche Industrie und ihre Entwicklung vermitteln. So erhalten wir auch zum erstenmal eine

### Scheidung der Unternehmungen nach der Größe der Betriebsvermögen.

die im Geschäftsbericht für das vierte Geschäftsjahr mitgeteilt wird. Wir haben einen verkürzten Auszug daraus gefertigt:

Betriebsvermögensgruppe in Mark	am 1. Januar 1925		am 1. Januar 1927	
	Anzahl	Gesamtvermögen in Mill. M.	Anzahl	Gesamtvermögen in Mill. M.
20 000 bis 50 000	105 564	3249	105 390	3235
50 000 „ 100 000	36 690	2589	36 432	2570
100 000 „ 300 000	28 134	4732	27 317	4597
300 000 „ 500 000	6 554	2523	6 451	2480
500 000 „ 1 000 000	5 316	3713	5 175	3624
1 000 000 „ 5 000 000	4 378	8751	4 318	8712
5 000 000 „ 10 000 000	502	3449	496	3423
10 000 000 „ 50 000 000	348	6818	352	6872
50 000 000 „ 100 000 000	30	2086	35	2308
100 000 000 und mehr	17	3687	20	4528
Zusammen	187 533	41597	185 986	42349

Überblickt man die Betriebsvermögen unter 20 000 Mark. Erstmals erfolgte die Auffstellung für den Beginn des Jahres 1925. Damals waren im ganzen rund 187 500 Betriebe vorhanden, die mehr als 20 000 M. Betriebsvermögen hatten. Die Zahl der in den einzelnen Vermögensgruppen vorhandenen Betriebe nimmt naturgemäß mit der Größe des Vermögens stark ab.

Bei weitem der größte Teil der Betriebe gehört in die Gruppe von 20 000 bis 50 000 M.; sie verkörpern aber nur ein Vermögen

von 3,25 Milliarden Mark. Es ist nun interessant, daß die 17 größten industriellen Betriebe mit je mehr als 100 Millionen Mark Betriebsvermögen zusammen allein eine größere Kapitalmacht darstellen als die 105 000 kleinen Betriebe.

Die wichtigste Gruppe sind die Betriebe mit 1 bis 5 Millionen Mark Vermögen. Es sind davon 4378 vorhanden mit einem Kapital von 8,75 Milliarden. Die Gruppe mit 1 bis 5 Millionen Mark Betriebsvermögen hat also das Schwergewicht unter den deutschen Unternehmungen.

An wirtschaftlichem und politischem Einfluß sind natürlich die ganz großen Unternehmen viel gewichtiger als die zahlreichen kleinen mit gleicher Besitzgröße, weil die Einheit und Zusammenarbeit weniger leichter ist, als die großen Unternehmerrassen.

### Entwicklung fördert die Konzentration.

Die beiden letzten Spalten der Uebersicht stellen einen Vergleich der Entwicklung 1925/27 dar. Aus der Gegenüberstellung läßt sich trotz der Kürze der Periode die Richtung der Entwicklung erkennen; sie führt unweifelhaft zu weiterer Konzentration. In jedem Falle sind nur die Vermögen der größten Betriebe gewachsen, und zwar am stärksten die der allergrößten. In fast allen anderen Gruppen haben sich die Vermögen verringert.

Es ist übrigens interessant, daß unter den Betriebsformen nur die Aktiengesellschaften und die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ihr Betriebsvermögen vergrößert haben. Die letztgenannten haben einen kleinen Zugang der Betriebszahl zu verzeichnen, die Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien dagegen sogar einen Rückgang, trotz einer Zunahme des Betriebsvermögens um 1,3 Milliarden Mark.

### Besonders stark gehen die im Besitz von Alleinunternehmern befindlichen Betriebe zurück.

Das ist verständlich, weil sich die Inhaber bei der Unsicherheit der Wirtschaftslage gern aus dem starken Risiko in ein beschränkteres zurückziehen (G. m. b. H.-Anteil bzw. Aktien), um Jahre- oder jahrzehntelange Arbeit nicht plötzlich in ein Nichts verrinnen zu sehen. An sich sind aber die meisten Betriebe noch immer im Besitz von Alleinunternehmern; fast 120 000. Die meisten kleinen Betriebe gehören in diese Gruppe, die im ganzen 8,52 Milliarden Betriebsvermögen besitzt. Die 8700 Aktiengesellschaften dagegen besitzen 19,32 Milliarden Mark, fast die Hälfte des Vermögens aller an der Aufbringung der Industriebelastung beteiligten Betriebe.

Im Verlaufe der weiteren Arbeiten der Industriebelastungenbank, deren Tätigkeit sich — gefällig, Paris kann das ändern — bis zum Jahre 1964 erstrecken wird, dürfte sich dort sicher noch wertvolles statistisches und Erfahrungsmaterial ansammeln, das für die Beobachtung der Konzentration von Wert ist. F. L.

Schreibungen verbleibt ein Reingewinn von rund 686 000 M., der das Ergebnis von 1927 um rund 30 Proz. übersteigt.

Bemerkenswert ist, daß die im letzten Jahre auf 9,6 Millionen Mark stark angewachsenen Vorräte um 1,1 Million gesenkt werden konnten. Dementsprechend haben sich auch die im letzten Jahre sehr angepannten Geldverhältnisse bei der Gesellschaft etwas gebessert. Allerdings sind die Schulden mit 7,2 Millionen noch sehr hoch, doch ist auf der Gegenseite ein Bankguthaben von 1,9 Million neu entstanden, zu dem noch etwa 2,5 Millionen weitere Forderungen treten. Auch der Umsatz im laufenden Jahre wird unter Berücksichtigung der augenblicklichen schlechten Verhältnisse in der Schuhindustrie von der Verwaltung als befriedigend bezeichnet. Die Leistungsfähigkeit des Unternehmens beträgt zurzeit 30 000 bis 35 000 Paar Schuhe wöchentlich.

## Der ostdeutsche Waggontrust.

83 Millionen Umsatz — 40 Millionen Aufträge.

Die aus der Verschmelzung der drei Waggonunternehmungen Linke-Hofmann-Breslau, Busch-Bauzen und Sächsische Waggonfabrik Werbau hervorgegangene Linke-Hofmann-Busch A.-G., Breslau, auch der Ostdeutsche Waggontrust genannt, veröffentlicht jetzt ihren ersten Jahresabschluss, und zwar zum 30. September 1928. Da die Verschmelzungserträge erst im Juni v. J. durch die Generalversammlungen genehmigt wurden, das neue Unternehmen in seiner jetzigen Form bei Abschluß des Geschäftsjahrs also erst einige Monate arbeitete, so trägt dieses erste Betriebsjahr noch den Stempel der Uebergangszeit.

Dementsprechend sind auch die Gewinne dieses ersten Jahres durch die Umstellungskosten und durch hohe Sonderabschreibungen beeinflusst, so daß keine Dividende verteilt wird. Der Rohgewinn nach Abzug der gesamten Handelsunkosten betrug 6,7 Mill. gegen 6,1 Mill. bei den drei Gesellschaften im Vorjahr. Wie der Geschäftsbericht andeutet, ist aber dieser ausgewiesene Rohgewinn bereits durch erhebliche Abschreibungen vorweg gefressen worden, so daß er sich tatsächlich weit höher stellen dürfte. Auch die ausgewiesenen Abschreibungen in Höhe von rund 2 Mill. übertreffen die Abschreibungen bei den früheren drei Gesellschaften um 620 000 M. Auf Grund dieser Gewinnveränderungen, die, wie gesagt, mit der Betriebsumstellung des neuen Unternehmens zusammenhängen, verbleibt ein verhältnismäßig geringer Reingewinn von 230 390 M.

Der Umsatz von 83 Mill., von dem 53 Mill. auf den Waggonbau entfallen, zeigt, daß die Hauptbetriebe bei der Linke-Hofmann-Busch A.-G. gut beschäftigt waren. Auch der Auftragsbestand, der am Ende des Geschäftsjahrs im September 1928 31,7 Mill. betrug und bis zum 1. April d. J. sich auf fast 40 Mill. erhöhte, ist ziemlich beträchtlich. Die Verwaltung weist im Geschäftsbericht darauf hin, daß die Deutsche Reichsbahn infolge ihrer finanziellen Schwierigkeiten besonders die Aufträge für Güterwagen scharf drückte, so daß diese im Gegensatz zum vorhergehenden Jahre nur eine geringfügige in wenigen Monaten auslaufende Beschäftigung gewährleisteten. Diese Ausfälle konnten zum Teil durch Uebernahme von Privataufträgen besonders für Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen und auch durch Auslandsaufträge ausgeglichen werden.

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß zwischen der Deutschen Waggonbauvereinigung und der ausländischen Konkurrenz Verhandlungen im Gange sind, die eine Beendigung der gegenseitigen Schleuderkonkurrenz zum Ziele haben. Wie in den früheren Jahren war auch im letzten Geschäftsjahr der Volksmobilmobilbau in Breslau, dessen Leistungsfähigkeit nur zu 15 Proz. ausgenutzt werden konnte, das Sorgenkind der Gesellschaft. Während der Raupenschlepperbau seinen Umsatz verdoppeln konnte und auch der Reifschbau gut beschäftigt war, war die Lage im Dieselmotorenbau weniger günstig. Die gesamte Belegschaft der Linke-Hofmann-Busch A.-G. beträgt zurzeit etwa 9700 Mann.

Der Abschluß dieses Uebergangsjahrs läßt immerhin erkennen, daß das neue Unternehmen auf dem Wege ist, die Rentabilität wiederzugewinnen, welche die drei einzelnen Unternehmen vor der Verschmelzung seit 1924 verloren hatten. Führen die laufenden Verhandlungen mit der Reichsbahn über die Vergebung des 100-Millionen-Auftrages für Personen- und Güterwagen zu einem positiven Ergebnis, so würde der Gesellschaft, die innerhalb der deutschen Waggonbauvereinigung eine Quote von fast 25 Proz. besitzt, ein nennenswerter Anteil an diesem großen Auftrag zufallen.

Künftig ist, daß die Verwaltung sich über die Zukunft des Lokomotivbetriebes nicht äußert. Die Verhandlungen, die Anfang des Jahres mit Krupp wegen Uebernahme dieses Betriebes geführt wurden, haben sich also offenbar zerfallen.

Auch die Walzwerksproduktion wächst. Wir konnten bereits in der letzten Woche auf die starke Erhöhung der Rohstahlproduktion hinweisen, die arbeitstäglich im April gegenüber dem Vormonat um 7,5 Proz. gestiegen war, und die Stahlwerksproduktion um April 1928 sogar um 12 Proz. übertraf. Wie jetzt der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller mitteilt, hat sich auch die Produktion in den deutschen Walzwerken im Monat April stark entwickelt. Die Gesamtproduktion betrug 978 473 gegen 903 590 Tonnen im März 1928. Die durchschnittliche arbeitstäglich gewinnung übertrifft den Vormonat mit 39 130 Tonnen um 8,2 Proz. und die Zahlen vom April 1928 um rund 8 Proz.

## Neuer Rekord der Volksfürsorge.

Manche private deutsche Lebensversicherungsgesellschaft könnte froh sein, wenn sie in einem Jahre den Reuzugang hätte, den unsere Volksfürsorge schon in einem Monat erreicht. Die Volksfürsorge hat im April d. J. ein neues Höchstresultat erzielt, indem 58 265 Versicherungsanträge mit 26 960 343 M. Versicherungssumme im Hauptbureau in Hamburg eingingen. Diese hervorragende Entwicklung der Volksfürsorge ist ein Beweis dafür, daß auf allen Gebieten Großes geschaffen werden kann, wenn die Arbeitnehmerschaft den Weg der Selbsthilfe beschreitet, ihre Kräfte zusammenfaßt und nicht zerflutert. An diesem Resultat ist die Rechnungsfelle Berlin mit 2818 Anträgen beteiligt.

## Wer kauft AEG-Aktien?

### Ernst ausländische Interessenten? — Ein Börsenmandat?

Es ist für die deutsche Öffentlichkeit nicht ganz gleichgültig, was mit einem der größten deutschen Industrieunternehmen geschieht. Seit etwa 19 Tagen wird an der Berliner Börse vermutet, daß sich ausländisches Kapital an der AEG beteiligen wird.

Die Aktien dieser Gesellschaft, die ein nominelles Kapital von 186,25 Millionen Mark hat und im vergangenen Jahre einen Umsatz von einer halben Milliarde mittelste, zeigten in den letzten Tagen eine auffällige Kurssteigerung. Anfang März notierten sie an der Berliner Börse mit etwa 165 Proz., einige Tage vor Pfingsten mit 173 bis 177 Proz. und am 21. Mai mit 187,5 Proz.; am 22. Mai trat ein leichter Rückschlag auf 183,2 Proz. ein. Diese Kursentwicklung geht über die Entwicklung anderer Elektromerke erheblich hinaus. Die Siemens u. Halske-Aktien standen z. B. Anfang März etwa 370 und am 22. Mai auf 376 Proz. Die Aktien von Felten u. Guilleaume Anfang März auf 136 und am 22. Mai auf 138,5 Proz.

Die Geschäftslage der AEG ist zweifellos wie bei allen anderen Elektromerke sehr gut, keineswegs aber besser als bei Siemens. Hier liegt also kein Anlaß zu einer Bevorzugung gerade der AEG-Aktien. Die Vermutung, daß ausländische Interessenten ihre Hand im Spiele haben, mußte also für die Börse nahe liegen. Vor allem tauchte das Gerücht auf, die amerikanische General Electric Company zeige die Absicht, ein größeres Aktienpaket der AEG zu erwerben. Das ist zwar nicht ausgeschlossen, zumal ja die General Electric Co. schon seit Jahren an einer Reihe anderer europäischer Elektromerke beteiligt ist, so an der Thomson-Houston in Frankreich, der Associated Electrical in England, Philips in Holland usw. Auch das inzwischen eingelaufene Dementi der General Electric braucht erfahrungsgemäß nicht ernst genommen zu werden. Andererseits sind aber die Beziehungen zwischen AEG und General Electric so eng, daß eigentlich eine besondere Kapitalbeteiligung seitens der General Electric überflüssig erscheinen sollte. Der Interessengemeinschaftsvertrag zwischen beiden Gesellschaften, der den gegenseitigen Potentiaustausch und Anstellung von Absatzinteressen regelt, läuft unseres Wissens bis Ende 1941.

Da andere ausländische Kapitalgruppen außer der General Electric als Interessenten für AEG-Aktien kaum in Frage kommen, bliebe als zweite Möglichkeit zur Erklärung der Kurssteigerung ein von der AEG, bzw. ihren Bankfreunden unterstütztes Börsenmandat. Die AEG-Verwaltung ist schon seit längerer Zeit befreit, das Kursniveau der AEG-Aktien dem des Siemens-Konzerns etwas anzugleichen. Solange die AEG-Verwaltung es nicht für nötig hält, die Öffentlichkeit über die Börsenvorgänge zu informieren, wird man also zunächst mit der zweiten Möglichkeit, einem Kursmandat, zu rechnen haben, was alles weniger als ein Lob für die AEG wäre.

## Elektrotechnische Machtverschiebungen.

### Neues Auslandskapital in der deutschen Schwachstromindustrie.

Es ist erst einige Monate her, daß ein größeres Aktienpaket der C. Lorenz A.-G. Berlin an den holländischen Philips-Glühlampenkonzern überging. Jetzt hat sich ausländisches Kapital an einer anderen Schwachstromfirma beteiligt, nämlich an der Ferd. Schuchardt Berliner Fernsprech- und Telegraphenwerk A.-G.

Die Schuchardt-Gesellschaft, die ein Aktienkapital von 1,75 Mill. Mark hat, kann in ihren Schwachstromfabriken etwa 2000 Arbeiter beschäftigen. Ein Teil des Aktienkapitals wanderte schon im Januar nach London, wo sich die englische Ludwig-Blattner-Gruppe, die in der letzten Zeit starke Konzessionsinteressen hat, für die deutsche Unternehmen interessierte. Es ist nicht bekannt, ob diese Bindung an die Blattner-Gruppe inzwischen wieder gelöst worden ist; jedenfalls ging in den letzten Tagen ein erheblicher Aktienposten der Schuchardt-Gesellschaft in amerikanische Hände über.

Bei den amerikanischen Interessenten handelt es sich um die International Standard Electric Co., eine Unternehmung der großen „International Telephone & Telegraph Corporation“. Während diese internationale Telefon- und Telegraphengesellschaft den Telefonbetrieb einer großen Anzahl verschiedener Länder, vor allem in Südamerika, in Händen hat, kontrolliert die International Standard Electric Co. eine Reihe Telephonfabriken außerhalb der Vereinigten Staaten, so z. B. in England, Frankreich, Italien, Belgien, in den Ländern des Fernen Ostens usw. Mit der Beteiligung an der Ferd. Schuchardt A.-G. tragen nunmehr die Amerikaner die Konkurrenz auf dem Schwachstromgebiet direkt auf den deutschen Markt.

Uebrigens hat vor einigen Wochen ein anderes Schwachstromunternehmen, die Telephonfabrik Berliner, einen Vertrag mit einer französischen Gesellschaft, der Société de Téléphones Grammont, abgeschlossen. Dieser Vertrag sieht vor, daß die Telephonfabrik Berliner mit der französischen Gesellschaft technisch eng zusammenarbeitet, vor allem in der Herstellung automatischer Telephonanlagen und sich gemeinsam mit der Commerc. und Privatbank am Kapital der Grammont-Gesellschaft beteiligt. Interessant ist nun, daß auch diese Grammont-Gesellschaft von derselben International Standard Electric kontrolliert wird, die jetzt auf die Schuchardt A.-G. Einfluß genommen hat.

Die härter werdenden internationalen Verflechtungen der Schwachstromindustrie festigen die Stellung dieser kleineren und mittleren Firmen gegenüber elektrotechnischen Großkonzernen wie Siemens und AEG, die sowohl Starkstrom- als auch Schwachstromerzeugnisse herstellen.

## Größere Gewinne bei Conrad Lad.

Der Jahresabschluss der Conrad Lad A.-G. in Berlin und Burg für 1928 zeigt, daß die Lage der deutschen Schuhindustrie in den einzelnen Betrieben durchaus verschieden ist. Während eine Anzahl mittel- und südwestdeutscher Fabriken Dividendenerhöhungen vornahmen oder Verlustabschlüsse meldeten, kann die Conrad Lad A.-G. eine neue Dividendenerhöhung auf 8 Proz. vornehmen.

Seit dem Jahre 1925, in dem zum erstenmal der Conrad Lad wieder eine Dividende von 5 Proz. gezahlt wurde, konnte das Unternehmen die Aktionärsvermögen in den folgenden drei Jahren bis fast andig erhöhen. Im letzten Jahre für Jahr um 1 Proz. bis auf 8 Proz. heraufsetzen. Der Rohgewinn liegt mit 3,7 Millionen um fast 25 Proz. über dem des Vorjahres, und trotz erhöhter Ab-

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
**Todesanzeigen**  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schloßer  
**Emil Reimer**  
geb. 17. Dezember 1881, am 23. Mai gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 25. Mai, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Södelischen Friedhofes, Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.  
Um 22. Mai nach unser Kollege, der Werkzeugmacher  
**Karl Petzold**  
geb. 25. Juni 1884.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 27. Mai, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Södelischen Friedhofes, Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Herge Beihiligung erwarnt  
**Die Ortsverwaltung.**

**Dankagung**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Bestattung meines lieben Frau sage ich dem Vorstand, der Beihiligung und dem Frauenausschuß der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, der 19. April, des SPD, Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank.  
**Kudolf Diefel nebst Altdern.**

1879 baute  
Impuls-Kompl.  
2600 verkauft  
**Größe**  
**Wohnzeltfabr.**  
Sport Beruf

**Deutsche Lederwarenfabr.**  
Zentrale Alt-Moabit 130  
Kottbusser Damm 75, Großefelder Str. 2  
Andreasstraße 40 Schlg., Herberstraße, 4  
Invalidenstraße 7 Charl., Scharnkestr. 78  
Chausseest. 90-92 Spand., Bahnhofstr. 4  
Spezial-**Ischias** in 10 Minuten, 60 Sek. und kein, wenn kurz! Invalidenstraße 130, in 15 Tagen sind schwere Fälle beseitigt worden. Unantastbare Heilwirkung. Beständig und Referenzen. Prax. 5 min. Invalidenstraße 130, 8-11, 7-4, Sonntag 10-12, Montag.



## Edgar Hahnewald: Im Oderbruch

Berlin entwickelte sich im Mittelalter in deutlicher Beziehung zum Oderbruch. Am Berliner Mühlendamm gabelten sich zwei wichtige Fern- und Handelsstraßen. Die eine führte über Alt-Landsberg, Strausberg und Briezen nach Oderberg, die andere über Erkner, Fürstenwalde und Briesen nach Frankfurt an der Oder. Oderberg, dessen nicht mehr vorhandene Burg 1215 angelegt wurde, und Frankfurt, das 1253 das Berliner Stadtrecht erhielt, beherrschten die einzigen auf dieser Strecke gegebenen Überübergänge. Dazwischen breitete sich das Oderbruch als natürliche Ostgrenze der damaligen Mark Brandenburg aus. Zahllose Flußarme und Altwässer durchspannen neartig die lumpige, von den mächtig hohen Schwellen diluvialer Erhebungen umzogenen Niederungen, die sich in den Brüchen der Warthe und Nege — dieser Name scheint das Verflochtene der Wässer anzudeuten — bis nahe an die Weichsel fortsetzten. Wer nach Pommern und Preußen wollte, konnte nur über Oderberg dahin gelangen, nach Schlesien, Polen und Litauen führte der Weg nur über Frankfurt; zwischen beide Straßensysteme legten Warthe- und Negebrüche eine unüberschreitbare Schranke, die das gesamte Gebiet zwischen Oder und Weichsel in zwei voneinander getrennte Zonen teilte, so daß Berlin als Brückenkopff dieser beiden Straßen und damit der Oderübergänge das ganze natürliche Grenzsystem wie in einer Zange hielt. Das gab der Stadt an der Spree eine wichtige strategische Bedeutung, die schon von vornherein ihre spätere Entwicklung bestimmte und ihr einen Vorsprung sicherte, der noch nachwirkte, als die Grenzverhältnisse im Osten längst andere geworden waren.

### Krebse auf den Bäumen.

Das Oderbruch, das zweimal im Jahre von Ueberschwemmungen völlig unter Wasser gesetzt wurde, war auch dann noch jahrhundertlang ein Fisch- und Heuland. Die brandenburgischen Kavallerieregimenter zogen mit ihren Pferden noch im 18. Jahrhundert in die Bruchdörfer auf „Gröfung“, und das Wasserneß wimmelte demnach von Fischen und Krebsen, daß sich in Briezen und Freienwalde eigene Jänite der „Hechtreißer“ bilden konnten und in manchen Jahren, wenn sich im Mai das Ueberschwemmungswasser wieder verlor, die Krebse wie Pfäuschen von den Bäumen geschüttelt wurden. Man erinnert sich jenes Gesprächs beim Gastmahl des Professors Schmidt in Fontanes „Frau Jenny Treibel“: Die Krebse waren wie eine Plage, natürlich ganz entwertet, und bei der dienenden Bevölkerung, die damit geacht werden sollte, so verhaßt und den Mägen der Leute so widerwärtig, daß es verboten war, dem Beside mehr als dreimal wöchentlich Krebse vorzusetzen. Ein Schaf Krebse kostete einen Pfennig. Aber Krebse waren nicht die einzige Plage. Ueber den Wassern schwärmten die Mücken in dicken Säulen und gaben, wie ein alter Schriftsteller berichtet, „ein solches Getöse von sich, daß es, wenn man nicht scharf darauf achtete, Klang, als würden in der Ferne Trommeln gerührt“.

Schon im 16. Jahrhundert wurden die ersten Versuche zur Eindeichung der Oder unternommen. Friedrich Wilhelm I. beauftragte dann den Kriegsrat Haerlem, einen Holländer, ein Gutachten über die Trockenlegung des Oderbruchs auszuarbeiten, und nach dessen Plänen wurde in den Jahren 1746—1753 unter Friedrich II. der Oderlauf zwischen Gütsteebe und Hohensaaten durch einen Durchstich um fast zwei Drittel seiner ursprünglichen Länge verkürzt, das Gebiet eingedeicht und das Binnenwasser abgeleitet. Die „alte Oder“, die bei Gütsteebe westlich nach Briezen abbiegt, dann nordwestlich über Freienwalde durch das Niederoderbruch fließt und mit einer Wendung nach Osten über Oderberg in die heutige Oder bei Hohensaaten einmündet, umroht noch heute das damals in einem Umfange von 840 Quadratkilometern gewonnene Land, auf dem in 43 neugegründeten Dörfern 1300 Familien „angelegt“ wurden, ein Kolonialvolk, das aus Pfälzern, Schwaben, Polen, Franken, Westfalen, Bogtländern, Mecklenburgern, Ostpreußen und Böhmen bunt genug gemischt war. Auf dem letzten schwarzen Erdreich wuchsen ungeahnte Ernten und in den reichgewordenen Kolonistendörfern blühte eine groteske Disharmonie von verschwendertischem Luxus und krassester Ankultur; eine Schilderung aus dem Jahre 1833, in der unter anderem berichtet wird, daß die Bauern bei Rindtaufen und Hochzeiten den Hausflur mit Zucker bestreuten, um die Fliegenplage von den prassenden und besardierenden Tafelgästen fernzuhalten, gibt ein anschauliches Bild von dem Treiben, das alle Wege über Herrn und Frau Neureich in den Schatten stellt.

### Kontraste.

Das Bild hat sich gewandelt. Ein dichtes Straßennetz, das auf der Karte sich deutlich von den loderen Straßenmassen östlich der Oder abhebt, überzieht das Oderbruch. Zahllos über die völlig ebene Fläche verstreut liegen die großen Gutshöfe, im schwarzen Erdreich der Getreidefelder wühlen die Motorpflüge mit ihren gigantischen Stahlblanken Riefen, unabsehbar erstrecken sich die Zuckerrübensfelder und Viehweiden, in Wolken von stehendem Strohhaub summern die Dreschmaschinen und in den großen Mastanstalten schnattern im Herbst zu Abertausenden die Oderbruchgänse ahnungslos ihrer Aufzucht in den Berliner Markthallen entgegen. In Abständen von vier, fünf, sechs Kilometern ziehen sich die Dörfer langhin, Dörfer ohne Gärten, mit dem holprigen Stein- oder Ziegelbau und dem staubigen Sommerweg zur Seite, mit meist rohgemauerten unverputzten Häusern, die schmucklos nur dem nacketsten Wohn- und Wirtschaftsbedürfnis dienen. In den Gastwirtschaften, den „Krügen“, deren Ausstattung meist nur aus einigen ungedeckten Tischen, einem Bierapparat und einigen Schnapsflaschen im Wandschrank besteht, sitzen Sonntags Gäste aus dem Dorfe vor einem Glase Bier, das nicht viel Anteil an der Ernte verrät, mit der das fruchtbare Land die Gutshöfe segnet. Die wenigsten sitzen übrigens im Wirtshaus. Während wir an einem Sonntag auf Nädern von Dorf zu Dorf schwirren, sehen wir überall vor den Türen der armenigen Häuser Männer und Frauen sitzen, die sichtlich nur ein Sonntagsbedürfnis hatten: sich auszuruhen. Aus den Kolonistendörfern, in denen der reiche Bauer Sonntags graulich mit weißen Handschuhen in die Kirche ging und nachmittags besardnend am Wirtshausische saß, sind Vondarbeiterdörfer geworden, in denen das von Fliegengespinnnen geprenkelte Hohenzollernbild und die Garnituren böllischer Zeitungen in den Wirtshäusern und das herausfordernde Rostfrontplakat an der Mauer seltsam kontrastieren.

Das trockengelegte Land erinnert übrigens noch immer daran, es dem Wasser abgerungenes Bruchland ist. Nach längeren

Trockenperioden geraten Gebäude, die wegen des Grundwassers keine tiefen Grundmauern haben, ins Saßen und erleiden Schäden; es muß wohl der Boden sich noch immer gleich einem Schwamm mit einer gewissen Menge Wasser sättigen können, um nicht zusammenzusinken. Umgekehrt las man jetzt nach dem strengen Winter, daß die Fundamente vieler Häuser infolge des langanhaltenden starken Frostes in die Höhe getrieben und die Innenwände von unten bis oben aufgerissen, manchmal sogar von den Außenwänden getrennt wurden und das Taumetter dann die Häuser mit Einsturz bedrohte.

### Die Landschaft des Oderbruchs

Ist von eigenartigem Reiz. In bunten Flächen erstreckt sich das völlig ebene Land weithin. Die Räume zwischen Dörfern und Gutshöfen sind von Alleen, loderen Baumgruppen, Wassergräben und Windmühlen mannigfaltig belebt. Hinter dem Gatter der Alleen, die manchmal wie die schattige Kastanienallee zwischen Zehin und Leßchin sich über sechs Kilometer lang erstrecken, zieht jenseits von grünen, braunen und grauen Flächen, manchmal vom leuchtendgelben Streifen eines blühenden Lupinenseldes praechtoll gehoben, der fahlblaue Wall des Barnimer Hügelrandes. In dessen Waldbuchten, die als „Märkische Schweiz“ ein wenig präherlich benannt sind, schmiegte sich das Badestädtchen Freienwalde, in dessen Park über buchsgefaßten Teppichrasen, grauen Steintreppen und flammenden Plagobüschen sich rosa und gelbgrau vor hohen Baumpropetien die klare Front des von David Billy erbauten Schloßchens erhebt, das ehemals ein königlicher Witwensitz war, 1909 von Rathenau erworben und nach seinem Tode als Rathenau-Stift dem Kreise

Oberbarnim vermacht wurde, ein Denkmal für den politischen Märtyrer. Seltsam und sicher nicht im Sinne Rathenaus ist es, daß man als einzelner Besucher das Eintrittsgeld für fünf Personen entrichten muß, wenn man nicht warten will, bis fünf Besucher sich zusammengefunden haben.

Vom Saum des Niederoderbruchs steigt man hinauf nach Hohenzollern, in dessen Schloßgruft der Reichszanzler Bethmann-Hollweg, der „Philosoph von Hohenzollern“, bestattet liegt. Nach einmal über-schau man das flache, bunte, dem Wasser abgerungene Land, durch das hier noch immer sich die blauen Wälder der alten Oder strecken.

Jenseits, am Saume der waldigen Landschaftsfläche entlang, zieht der Hohenzollern-Kanal zwischen hohen Dämmen seine glatte Wasserbahn. Bunte Lastkähne ersteigen auf den hohen Wasserstufen der Schleusen das Land; eines der größten Schiffshebewerke Europas ist hier bei Liepe noch im Bau. Lange sieht man am sandigen Hang, auf den die Sonne glüht, und sieht den steigenden und fallenden Strudeln in den Schleusenammern, dem unaufhörlichen Hin und Her der schwimmenden Lasten zu. Die schwarzen Kähne, immer noch urtümlich in ihrer Walfischgestalt mit dem ungefügen Steuer, nehmen hier geruchlos einen imponierenden Großbau moderner Technik in ihren Dienst; der Bootsmann mit dem zyklischen Ruderstafan an Bord und der blaue Luftschiff Masthaken auf der elektrischen Lokomotive, die den Kahn durchs Schleusenort zieht, grüßen sich über Jahrhunderte technischer Entwicklung hinweg als Kameraden am Werk. Und hier, an der hohen Wasserstufe des Großschiffahrtsweges Berlin—Stettin spürt man nach der Fahrt durch die ländliche und auf große Strecken einsame Landschaft des Oderbruchs wieder die Verbundenheit großer geographischer Räume, ehe man untertaucht in die faszinierenden Riesenwälder, in denen wie eine romantische Vision Caspar David Friedrichs der edle Badsteingiebel des Klosters Chorin leuchtet.

## Gerdland: Die Frau ohne Schmerz

... Das ist die Attraktion unserer heutigen Gala-Eröffnungsvorstellung, das ist die „Frau ohne Schmerz“! Sie alle, Damen und Herren, haben wohl schon einmal indische Fakire gesehen, Männer, die sich die Haut mit glühenden Nadeln durchstochen. . . . Aber was ist das gegen dieses herrliche, blühende Weib, an dessen Körper die grauamsten Folterungen des indischen Harems vorgenommen werden. Damen und Herren, das Blut wird in Ihren Adern zu Eis erstarren, wenn Sie das lächelnde Gesicht der Frau sehen, mit dem sie geduldig die Folterungen erträgt. Hunderter Mark demjenigen, der den Beweis bringt, daß der Körper der „Frau ohne Schmerz“ auch nur mit dem kleinsten Stüchlein Tritot bekeidet ist. Natürlich müssen laut Polizeivorschrift Jugendliche unter zwölf Jahren während dieser Attraktion das Theater verlassen. . . . Nehmen Sie Anteil! Nehmen Sie Platz! Soeben ist Anfang und Beginn der Vorstellung. . . .“

Jedemwo heult eine Nachschichtstirene. Die Stadtbahn rattert vorbei. Das Glücksrad schnarrt. Und der Abend ist ganz grau. Grau wie die Gesichter der Menschen, grau wie die unheimlich nackten, gefensterlich leeren Brandmauern der Mietkasernen, die diesen trostlosten aller Vergnügungsplätze fast und schroff umstehen.

Die kleinen Mädchen und die jungen Burschen, die zergämten Frauen und Männer des letzten Proletariats, die wohl hierher gegangen sind, um noch eine saure Gurke oder einen Bratklaps zu erwerben, denn die Geschäfte sind lange schon geschlossen, verstreuen sich nun. . . .

Schon ist die Bretterplanke, auf der die Künstler gestanden haben, wieder leer, schon kreischt das Karussell wieder in grellen Dissonanzen, und die jungen Burschen singen dazu „Main Mäd-schnarrt, main Mäd-schnarrt, wü lüüp ich dich“, und das Glücksrad schnarrt, und in der Luftschautel steht eine junge Nachschichtstirene, begafft mit gierigen Blicken, von häßlichen, lusternen Augen, da plötzlich — viel zu plötzlich für diese monotonen, in immer gleichen Abständen sich wiederholenden Kreischlaute, Sirenenpfliffe — stürzt eine Frau auf die Bretterplanke. Das ist die „Frau ohne Schmerz“. Sie ist noch jung, nur ihre Augen sind uralt, wissend und liebemütig. Ganz allein steht sie da. Und mächtig strömen die Menschen wieder vor die Bude und bleiben davon stehen.

„Ich tanze auch!“ sagt die Frau, und ich spüre, daß irgendein quälender, peiniger Schmerz sie an der Kehle würgt. „Ich tanze auch, so wie mich der liebe Herrgott erschaffen hat, mit pentastische Beleuchtung. Ich tanze auf spitzen Dolchen und auf Glaskerben. Ich werde mich auf ein Rogelbrett legen. Ich. . .“ Sie bricht jäb ab. Sie wird sehr blaß. Aus der Tür ist der Ausrufer getreten. Er sagt: „Du kommste aba runter. Da kriechste heute doch keenen mehr rin. Komm man. . .“ Und sie ergreift seine Hand und geht hinein. Aber nun — wahrhaftig, dieser letzte Appell an die lusterne, unzufügige Luft hat seine Wirkung nicht verfehlt — nun gehen auch einige zur Kasse, zahlen zwanzig Pfennig und treten ein. Ich bin auch dabei.

Man sieht da auf den rohen, ungehobelten Bänken, raucht Zigaretten. Ein dürrer Gefächter schwirrt durch den stidigen Raum. Der Vorhang teilt sich. Der Ausrufer tritt hervor. In der ersten Abteilung sieht man den starken Mann, den ehemaligen Athleten, dessen kleine Säuseraugen trübselig in den Zuschauerraum starren. So sagen sich die Abteilungen. . . . Und dann kommt der Clou des Abends. „Die Frau ohne Schmerz“!

Noch einmal tritt der Ausrufer hervor und gibt eine kurze, einseitige Erklärung. Natürlich sei die Scham der Dame bedekt. Dennoch sei sie eine Abnormität der Willensbeherrschung.

Da steht sie auf der Bühne. Mit lustigen Zauselöchchen, mit einem lachend-gemalten Mund, mit einem festen Näschen, schlanken, hohen Beinen, mit kleinen, wippenden Brüsten und uralten Augen.

Ja, sie tanzt auf Glaskerben. Ja, sie entzündet eine Teer-sackel, einer von den jungen Burschen zündet sich eine Pfeife daran an, ja, sie fährt mit der brennenden Fackel lächelnd über Rauch und Beine, über Rücken und Arme. Sie legt sich auf das Rogelbrett. Und sie mimt in Gemeinschaft mit dem säuseraugigen Athleten die „Todesstrafe von Bomban“. Und dann ist's aus. Und man geht hinaus. Aber als man noch wenige Minuten vor der Bude stehen bleibt, ertönen aus ihrem Innern kleine, schluchzende, trostlose

Schreie. Das ist die „Frau ohne Schmerz“, die da die Qual ihres Herzens und die Pein ihres Körpers hinausstößt. Hinaus in den grauen Abend, hinaus auf den armeligen Kummelplatz. Ich kenne nicht den Schmerz dieser grell plakatieren Frau. Ich habe Angst davor. Und gehe hinaus auf die Straße irgendwo an der Peripherie Berlins. . . .

### Zur Entstehung der Mondkrater

Schon in einem schwachen Fernrohr scheint die Oberfläche des Mondes mit vielen Tausenden von Gebilden bedekt, die wegen ihrer äußeren Ähnlichkeit mit unseren irdischen vulkanischen Kratern trotz sehr wesentlicher Unterschiede auch als Krater bezeichnet werden. Es gibt solche von Bergketten umgebene sogenannte Wallkrater mit einem Durchmesser von fast 1200 Kilometer, so daß das frühere Königreich Bayern bequem in ihnen untergebracht werden könnte, neben andern, deren Durchmesser noch nicht 1 Kilometer erreicht. Die Vermutungen über die Entstehung dieser Gebilde sind sehr mannigfaltig, einerseits sollen sie wie unsere irdischen viel kleineren Krater vulkanischen Ursprungs sein, andererseits sollen sie dem Aufprall von Meteoriten ihre Entstehung verdanken. Eine ganz neue Beleuchtung der Frage ist, wie die „Umschau“ berichtet, einem amerikanischen Astronomen namens Epstein gelungen. Mit den verfeinerten Methoden der Temperaturmessung konnte er die Abkühlung bestimmen, welche die Mondoberfläche während einer Mondfinsternis erfährt, also während ihr das Sonnenlicht durch den Erdschatten entzogen war. Dann prüfte er die Abkühlung, welche die verschiedensten Gesteine unter ähnlichen Umständen erfahren, und fand, daß Granit, Basalt und andere sich sehr viel langsamer abkühlen; nur der Bimsstein ergab einen dem Monde entsprechenden Wert, so daß der Schluß gerechtfertigt scheint, daß die Oberfläche des Mondes im wesentlichen aus Bimsstein besteht. Da nun Bimsstein auf der Erde vulkanischen Ursprungs ist, so folgert Epstein, daß auch auf dem Monde die Krater vulkanischen Ursprungs seien.

Man muß ohne weiteres zugestehen, daß diese Beobachtungen und Versuche die Ansicht von der vulkanischen Entstehung der Mondkrater zu stützen geeignet sind; aber andererseits zeigen die Krater bei näherem Studium doch so wesentliche Unterschiede nicht nur gegen unsere irdischen Krater, sondern auch untereinander, sowohl hinsichtlich ihrer Größe als in ihrem ganzen Aufbau, daß es kaum annehmbar erscheint, alle diese verschiedenartigen Gebilde auf dieselbe Weise erklären zu wollen. Es haben sicherlich die verschiedenartigsten Kräfte gewirkt, darunter auch vulkanische, um alle diese nur aus der großen Entfernung, aus der wir sie betrachten, so ähnlich erscheinenden Gebilde hervorzubringen. Bt.

### Julius Zersäß: Nicht das Glück der Gewalt!

Sozialismus ist das neue Recht und die neue Pflicht. Die Pflicht zum Recht.

Der Feind des Rechtes aber ist rohe Gewalt. Weil Sozialismus das Recht ist, kann er nicht die Gewalt sein.

Ein Vater verbot seinem Sohne, Sozialist zu sein. Und er wollte gewiß das Glück seines Kindes. Der Sohn aber sagte: Dein Zwang ist nicht das Recht. Wie sollte er mein Glück sein? Ich aber habe — das erste Erbe der Geburt — die Pflicht zum Rechte. Ich muß darum Sozialist sein. Nun bin ich eurer Schule entwichen, eurer Schule Zwang: uns gewaltfam zu beglücken. Weil ich aber gegen das Glück der Gewaltigkeit bin, bin ich Sozialist.

Und damit verließ er seinen Vater.

Wir alle wollen nicht das Glück der Gewaltigkeit, der Vergangenheit, sondern im Sozialismus die Freiheit des Glüdes suchen und bringen. Wehe, wenn wir uns zu tyrannisierenden Schulmeistern oder Polizisten des Sozialismus auswerfen wollten! Dann find wir keine Sozialisten mehr und unsere Kinder müßten uns die Befolgung verlangen.

Der Sozialismus ist nicht der Frigelwäter, der da sagt: Du mußt! Der Sozialismus sagt: Wir werden, wir wollen! So ist er der wahre Vater der Zukunft.

